



31a

V 6458 E

STATISTISCHE MONATSHEFTE

SCHLESWIG - HOLSTEIN

23. Jahrgang · Heft 7

Juli 1971

Grafik des Monats: Fremdenverkehr 1971

Aufsätze:

Bevölkerungsvorausschätzung (Teil 1) (14)

Landtagswahl 1971 regional

Fremdenverkehr (Teil 1)

Wohnverhältnisse und Alter

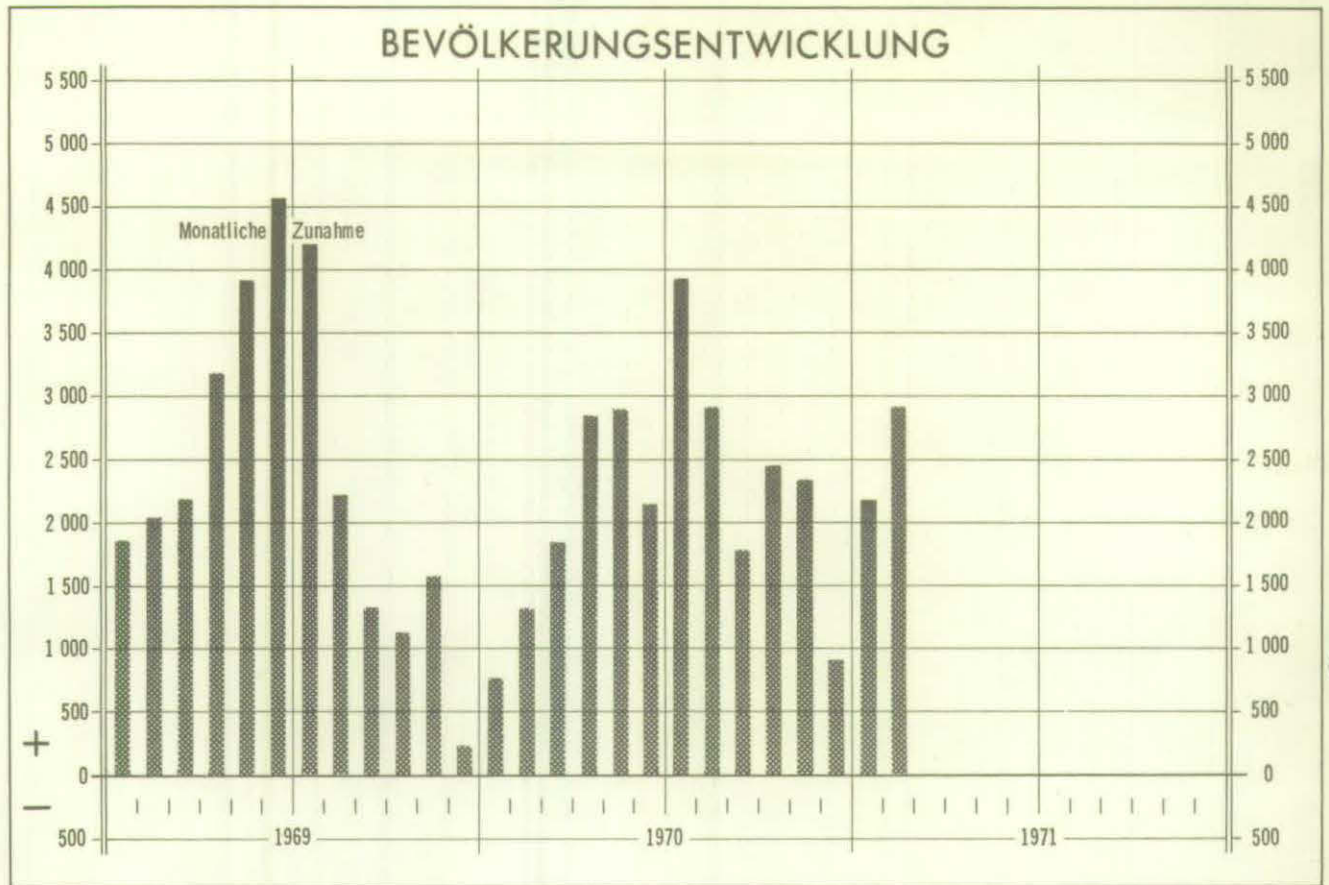
Statistisches Amt für Hamburg
und Schleswig-Holstein
Bibliothek
Standort Kiel

BEITRÄGE ZUM BRUTTOINLANDSPRODUKT

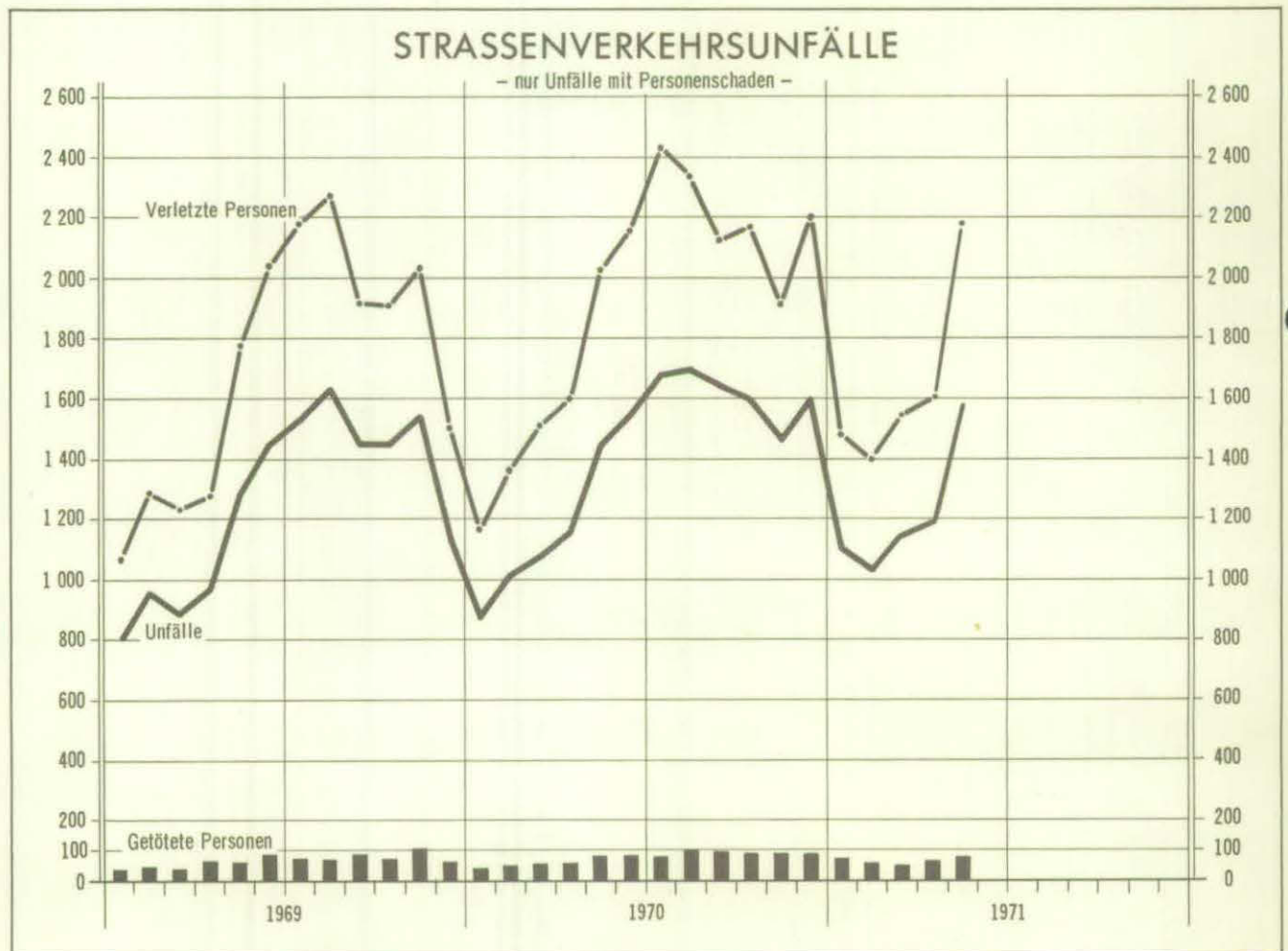


Herausgegeben vom

STATISTISCHEN LANDESAMT SCHLESWIG-HOLSTEIN



D - 4231



INHALT 7/71

Seite

Aktuelle Auslese 117

Aufsätze

Langfristige Bevölkerungsvorausschätzung
für Schleswig-Holstein (Teil 1) 118—121

Landtagswahl 1971
den Kreisen und Gemeinden
sowie nach Bundestagswahlkreisen 121—124

Der Fremdenverkehr 1969/70
und seine Entwicklung ab 1951 (Teil 1) 124—130

Die Wohnverhältnisse der älteren
Einwohner 131—136

Grafik des Monats 126—127

Tabellenteil Beilage

Wirtschaftskurven A (allgemein) . 3. Umschlagseite

Beachten Sie bitte die Inhaltsübersichten
auf den übrigen Seiten dieser Einlage!

Inhalt der letzten 5 Hefte nach Monaten

Heft 1/1971

Gewerbsteuer 1966 (Teil 1)
Erwerbstätige 1970
Ausländer 1970
Baulandumsatz 1962—1969

Heft 2/1971

Betriebsgrößen Landwirtschaft
Getreide- und Ölfruchternte 1970
Wohnungen nach Gemeindegrößenklassen
Wohngeld 1969 und 1970
Industrie 1970
Versorgungsempfänger

Heft 3/1971

Urlaub in Schleswig-Holstein
Unfälle mit Todesfolge
Handelsdünger
Investitionen Handwerk 1967
Gemeindefinanzreform 1970

Heft 4/1971

Geburtenrückgang
Lohnsteuer 1968
Nord-Ostsee-Kanal
Binnenschifffahrt 1968
Vermögensmillionäre 1969

Heft 5/6 — 1971

Sicherheit der Bundesstraßen
Landtagswahl 1971
Soziale Herkunft der Schüler



STATISTISCHE MONATSHEFTE

SCHLESWIG - HOLSTEIN

23. Jahrgang · Heft 7

Juli 1971

Aktuelle Auslese



4,5 Mrd. DM Industrieumsatz in 4 Monaten

Im Durchschnitt der Monate Januar bis April 1971 gab es in Schleswig-Holstein knapp 191 000 Industriebeschäftigte, fast 1 % mehr als im gleichen Zeitraum des Jahres 1970. Der Nettoumsatz belief sich in den ersten vier Monaten 1971 auf 4,5 Mrd. DM und war damit um 14 % größer als im vergleichbaren Zeitraum 1970. Der Auslandsumsatz ist dabei (+ 7 %) weniger stark gewachsen als der Inlandsumsatz (+ 16 %).



1,3 Mrd. DM Umsatz im Handwerk in 3 Monaten

Das schleswig-holsteinische Handwerk erzielte im ersten Vierteljahr 1971 einen Gesamtumsatz (einschließlich Umsatzsteuer) von 1,3 Mrd. DM. Das waren 17 % mehr als im ersten Vierteljahr 1970. Der Handwerksumsatz erreichte mit 969 Mill. DM nicht ganz die Milliardengrenze; der Handelsumsatz belief sich auf 363 Mill. DM. Das Handwerk hatte am Ende des ersten Quartals 1971 gut 141 300 Beschäftigte.



Geringere Viehbestände

Nach den vorläufigen Ergebnissen der repräsentativen Viehzählung wurden Anfang Juni 1971 in Schleswig-Holstein 1,48 Mill. Rinder, gut 1,76 Mill. Schweine und 158 000 Schafe gezählt.

Mit den Einschränkungen in der Milchviehhaltung seit dem vorigen Jahr – teilweise auch als Folge davon – verringerte sich der Gesamtbestand an Rindern um 4 % gegenüber Juni 1970. Die Zahl der Schweine nahm gegenüber Juni 1970 um 3 % ab und die Zahl der Schafe um gleichfalls 3 %.



Zunahme der Insolvenzen

Von den Amtsgerichten in Schleswig-Holstein sind im ersten Vierteljahr 1971 insgesamt 46 Insolvenzen gemeldet worden, und zwar 41 Konkurse (einschließlich 2 Anschlußkonkurse) und 5 Vergleichsverfahren. Das sind 13 mehr als im ersten Quartal 1970. 28 Konkurse des ersten Quartals 1971 entfielen auf Erwerbsunternehmen, unter ihnen ist das Baugewerbe mit 10 Konkursen besonders betroffen.



Weiterer Rückgang der Tuberkulose-Fürsorgefälle

Der Bestand der an aktiver Tuberkulose Erkrankten betrug Ende 1970 in Schleswig-Holstein rund 8 400 Personen, das waren 500 weniger als Ende 1969. Damit sank die Zahl der Erkrankten von 348 auf 328 je 100 000 Einwohner. Am stärksten nahm die Zahl der Kranken mit einer ansteckungsfähigen (offenen) Tuberkulose der Atmungsorgane ab. Zu dieser Gruppe zählten Ende 1969 2 052 Personen und Ende 1970 nur noch 1 801 Personen (- 12 %).

Langfristige Bevölkerungsvorausschätzung für Schleswig-Holstein

Teil 1: ohne Wanderungen

Die große Nachfrage nach vorausgerechneten Bevölkerungszahlen und der erhebliche Geburtenrückgang haben es erforderlich gemacht, noch vor dem Vorliegen der Ergebnisse der Volkszählung 1970 eine neue Bevölkerungsvorausschätzung für Schleswig-Holstein auf der Basis 1. Januar 1970 durchzuführen. Damit sind alle früheren langfristigen Bevölkerungsvorausschätzungen überholt. Diese neue Vorausschätzung ist wiederum nach einer Methode berechnet, die vom Statistischen Bundesamt gemeinsam mit den Statistischen Landesämtern entwickelt worden ist. Die Ergebnisse dieser sogenannten "3. koordinierten Bevölkerungsvorausschätzung" sind daher für die einzelnen Bundesländer miteinander vergleichbar. Die Bevölkerungsvorausschätzung besteht aus zwei Teilen, und zwar aus einer Vorausschätzung ohne Einbeziehung der Wanderungen über die Landesgrenze und aus einer Vorausschätzung unter Berücksichtigung eines Wanderungsmodells.

Es ist damit zu rechnen, daß die neuen geschlechts- und altersspezifischen Einwohnerzahlen, die aus der Volkszählung zu erwarten sind, von den Ergebnissen abweichen werden, auf denen die vorliegende Bevölkerungsvorausschätzung aufgebaut ist. Das bedeutet, daß die Ausgangszahlen der vorliegenden Bevölkerungsvorausschätzung vermutlich bereits fehlerbehaftet sind. Dennoch dürfte die Vorausschätzung zumindest in der Größenordnung eine annähernd wirklichkeitsgerechte Vorstellung davon geben, wie sich die Einwohnerzahl Schleswig-Holsteins langfristig entwickeln wird und vor allem auch davon, wie sich die Bevölkerung in ihrer Struktur verändern wird.

Die Bevölkerungsvorausschätzung bezieht sich nur auf Schleswig-Holstein insgesamt. Regional tiefer gegliederte Bevölkerungsvorausschätzungen - für Planungsräume, für Kreise oder für Nahbereiche - sind im Augenblick nicht möglich, da für solche Teilräume die Einwohnerzahl seit der Volkszählung 1961 nur global fortgeschrieben worden ist, aber nicht nach einzelnen Alters- oder Geburtsjahren. Für Teile Schleswig-Holsteins kann die künftige Bevölkerung daher erst nach dem Vorliegen der Volkszählungsergebnisse 1970 vorausgeschätzt werden.

Die Bevölkerungsvorausschätzung
ohne Berücksichtigung der Wanderungen

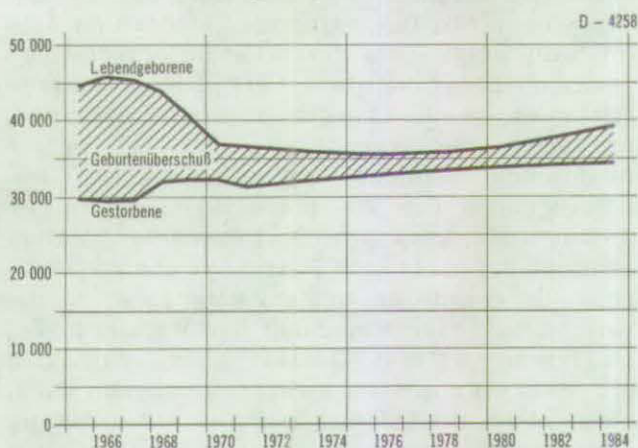
Die Faktoren, die die Bevölkerungsentwicklung beeinflussen, wenn die Wanderungen nicht

einbezogen werden, sind die Geburten und die Sterbefälle. Während die Zahl der Gestorbenen in den letzten Jahren erwartungsgemäß - vor allem wegen des steigenden Anteils der alten Leute - leicht zugenommen hat, ist die Zahl der Geborenen nach 1966 von Jahr zu Jahr kleiner geworden. Für die zweite Hälfte der 60er Jahre war durchaus mit einer Geburtenabnahme gerechnet worden, weil schwachbesetzte Nachkriegsjahrgänge ins heirats- und gebärfähige Alter nachgerückt sind. Diese Tatsache ist auch in allen bisherigen langfristigen Bevölkerungsvorausschätzungen berücksichtigt worden. Inzwischen hat aber die Zahl der Geborenen so stark abgenommen, daß der Rückgang nicht mehr allein mit Verschiebungen im Altersaufbau der Frauen zu erklären ist. Spezielle Untersuchungen¹ haben ergeben, daß sich neben der Zahl der gebärfähigen Frauen auch das generative Verhalten der Bevölkerung geändert hat. In den bisherigen Bevölkerungsvorausschätzungen - die letzte basierte auf dem Bevölkerungsstand vom 1. Januar 1968 - war die Zahl der Geborenen noch zu hoch angesetzt worden. Diese Fehleinschätzung wurde in der neuen Berechnung korrigiert. Die Korrektur dafür setzte bei den altersspezifischen Fruchtbarkeitsziffern an.

Ein Blick auf die langfristige Entwicklung der Zahl der Geborenen und der Gestorbenen zeigt, daß in der zweiten Hälfte der 70er Jahre nur noch mit einem minimalen Geburtenüberschuß zu rechnen ist. Vielleicht ist diese Aussage sogar zu optimistisch, denn die tatsächliche Geburtenzahl im Jahre 1970 (35 157 Lebendgeborene), die beim Rechnen der Vorausschätzung noch nicht vorlag, ist bereits niedriger als die berechnete Zahl (36 964 Lebendgeborene). Wenn sich die Geburtenzahl weiterhin so stark vermindern sollte, so ist es nicht unwahrscheinlich, daß gegen Ende der 70er Jahre zumindest vorübergehend ein Sterbeüberschuß eintreten wird. Die Zahl der Gestorbenen wird dann größer sein als die der Geborenen. In den 80er Jahren wird die Zahl der Frauen im heirats- und gebärfähigen Alter wieder anwachsen. Dadurch wird sich auch - unabhängig vom generativen Verhalten der Bevölkerung - die Geburtenzahl erhöhen, und die Spanne zwischen der Zahl der Lebendgeborenen und der - geringeren Zahl - der Gestorbenen wird

1) Vergleiche auch: "Geburtenrückgang und schwindender Geburtenüberschuß auch in Schleswig-Holstein" in Stat. Monatsh. S.-H. 1971, S. 71 (April)

Lebendgeborene, Gestorbene und Geburtenüberschuß in Schleswig-Holstein 1965 bis 1984



voraussichtlich wieder größer werden. In dem obenstehenden Bild ist diese Entwicklung gut zu erkennen.

Trotz des Geburtenrückgangs wird - wenn man der vorliegenden Vorausschätzung folgt - die Einwohnerzahl Schleswig-Holsteins, die Anfang 1970 2,56 Millionen betrug, weiter zunehmen und auf lange Sicht die 2,7 Millionen-Grenze ansteuern und überschreiten. Dabei wird es in den nächsten Jahrzehnten erhebliche Veränderungen in der Bevölkerungszusammensetzung geben. Langfristig gesehen wird der Anteil der Kinder und der alten Leute an der Gesamtbevölkerung abnehmen, der Anteil der Einwohner im erwerbsfähigen Alter wird zunehmen. Besonders zu beachten ist ferner, daß die Altersstruktur der männlichen und der weiblichen Bevölkerung recht unterschiedlich aussehen wird.

	Alle Altersgruppen	davon		
		unter 15jährige	15- bis unter 65jährige	65 und mehr Jahre alt
		in %		
Bevölkerung insgesamt				
1970	100	23,4	62,3	14,3
1980	100	22,0	62,4	15,6
1990	100	21,3	65,4	13,3
davon männlich	100	22,2	68,3	9,5
weiblich	100	20,4	62,7	17,0

Diese Aussagen sind zwar sehr global, haben aber, wenn die Wanderungsbewegungen über die Landesgrenze Schleswig-Holsteins in Zukunft nicht allzu heftig sein werden, einen hohen Wahrscheinlichkeitswert. Dennoch läßt sich mit diesen unbestimmten Angaben in der Praxis nur wenig anfangen. Es wird daher gewagt, vorausgeschätzte Zahlen über die Entwicklung enger gefaßter Altersgruppen anzugeben. Vorher sei nochmals betont, daß

diese Ergebnisse nur in der Größenordnung und in der Entwicklungsrichtung als zuverlässig angesehen werden können. In der genauen Höhe der einzelnen Werte liegt selbstverständlich ein gewisser Spielraum. So wenig exakt die Ergebnisse auch sein mögen, es gilt, die demographischen Vorgänge ständig zu beobachten, um ihren Einfluß auf unser Wirtschafts- und Sozialleben rechtzeitig zu erkennen. Es ist z. B. zu spät, Hochschulen zu bauen, wenn Jugendliche aus besonders stark besetzten Geburtsjahrgängen bereits das studienfähige Alter erreicht haben. Eine solche Entwicklung zeichnet sich mindestens ein Jahrzehnt vorher ab.

Der Geburtenrückgang wird die Zahl und den Altersaufbau der schleswig-holsteinischen Bevölkerung verändern. Dabei darf nicht übersehen werden, daß zunächst nur die Zahl der Kinder und dann die der Jugendlichen betroffen wird, aber noch lange nicht das Arbeitskräftepotential. Die heute Geborenen werden erst in knapp zwei Jahrzehnten der Wirtschaft zur Verfügung stehen.

Die Zahl der Kinder im Vorschulalter wird voraussichtlich für lange Zeit ständig abnehmen. In einem Jahrzehnt wird es in Schleswig-Holstein ungefähr ein Fünftel weniger Kleinkinder geben als heute. Da normalerweise mehr Jungen als Mädchen geboren werden - die Geschlechterproportion der Lebendgeborenen betrug 1970 100 Mädchen auf 107 Jungen - wird der Anteil der Jungen bei den unter 5jährigen überwiegen.

Am 1. 1. des Jahres	Kinder im Alter bis zu 5 Jahren	
	Insgesamt in 1 000	darunter Jungen in %
1970	218,8	51
1975	178,3	51
1980	175,7	52
1985	186,0	52

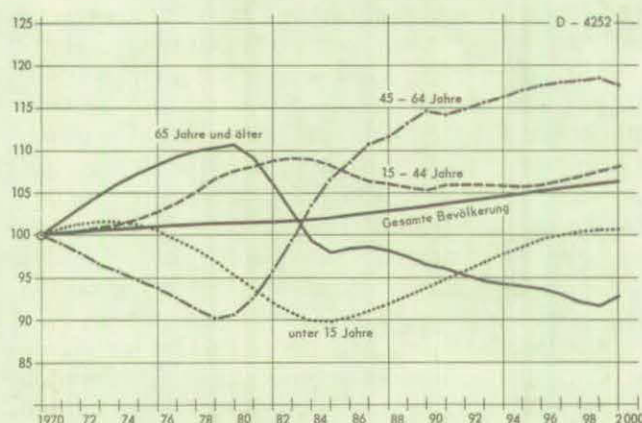
Für die schleswig-holsteinischen Schulen wird es für lange Zeit keine Entlastung geben. Der Schülerstrom wird weiterhin anschwellen. So hat vor allem der Ansturm auf die weiterführenden Schulen - Hauptschulen, Realschulen, Gymnasien, berufsbildende Schulen - zur Zeit noch nicht seinen Höhepunkt erreicht. In der zweiten Hälfte der 70er Jahre wird sich dagegen bei den Grundschulen eine leichte Entspannung durch rückläufige Schülerzahlen abzeichnen. Die Zahl der Jugendlichen, die in die Hochschulen und in den Beruf drängen, wird in den kommenden eineinhalb Jahrzehnten - das läßt sich aus den folgenden Zahlen

gleichfalls ablesen - erheblich zunehmen. Dabei ist lediglich die demographische Komponente berücksichtigt, Veränderungen im Schul- und Ausbildungssystem können darüberhinaus noch Einfluß haben.

Am 1. 1. des Jahres	5- bis 19-jährige	davon im Alter von ... Jahren		
		5 bis 9	10 bis 14	15 bis 19
		in 1 000		
1970	539,9	210,0	170,4	159,5
1975	597,1	217,8	209,4	169,9
1980	603,6	177,5	217,3	208,8
1985	568,7	174,9	177,1	216,7

Es ist schon erwähnt worden, daß der Anteil der "produktiven Bevölkerung" im Alter von 15 bis 64 Jahren an der Gesamtbevölkerung zunehmen und der Anteil der "Nur-Konsumenten", nämlich der Kinder und der alten Leute, abnehmen wird. Die "Belastungsquote" der Bevölkerung, das Verhältnis zwischen produktiver Bevölkerung und Nur-Konsumenten, wird damit kleiner werden. Heute entfallen auf 1 000 Einwohner im Alter von 15 bis 64 Jahren 605 Nur-Konsumenten, 1990 werden es nach der Vorausschätzung lediglich 528 sein. Das sind grobe Relationen, die z. B. durch einen längeren Ausbildungsweg der Jugendlichen und durch ein früheres Ausscheiden der älteren Jahrgänge aus dem Erwerbsleben erheblich beeinflußt werden können. Die Zahl der Einwohner im Alter von 15 bis 64 Jahren, die in Schleswig-Holstein langfristig zwischen 1,6 Millionen und 1,8 Millionen liegen wird, sagt zudem wenig aus über die tatsächliche Erwerbsbeteiligung der Bevölkerung, die unter anderem durch wirtschaftliche, politische, soziale, psychologische sowie medizinische Gründe bestimmt wird. Dennoch lohnt es, die demographische Struktur der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter näher zu untersuchen.

Die Bevölkerungsentwicklung 1970-2000 insgesamt und in 4 Altersgruppen



An einem Reservoir von jungen Leuten im erwerbsfähigen Alter wird es in Zukunft vermutlich nicht fehlen. Die Zahl der 15- bis 44jährigen wird - wie die Meßzahlenreihe im Bild zeigt - im gesamten Untersuchungszeitraum höher sein als 1970. Diese Aussage gilt auch, wenn von den 15- bis 19jährigen, von denen sich noch ein großer Teil in der Ausbildung befindet, abgesehen wird. Die Altersgruppe der 20- bis 44jährigen, zu der Anfang 1970 etwa 871 000 Einwohner zählten, schließt die mobilsten Jahrgänge der Bevölkerung ein; gerade deren Zahl kann in Wirklichkeit, d. h. unter Einschluß der Wanderungen, langfristig äußerst flexibel sein. Wie sich die Zahl der jungen Leute entwickeln wird, hängt nicht zuletzt davon ab, ob sie zukünftig eine ausreichende Zahl an attraktiven Arbeitsplätzen in Schleswig-Holstein finden werden. Junge Leute werden aber zunächst auch dazu gebraucht, um den nicht unerheblichen Rückgang der Zahl der 45- bis 64jährigen auszugleichen. Wie stark die zahlenmäßige Abnahme dieser Altersgruppe, die Anfang 1970 rund 560 000 Einwohner umfaßte, in den kommenden Jahren sein wird, zeigt die Meßzahlenreihe im Bild.

Von einer "Überalterung" der Bevölkerung wird langfristig immer weniger die Rede sein können. Die Zahl der Einwohner Schleswig-Holsteins im Alter von 65 und mehr Jahren wird zwar in den 70er Jahren weiter zunehmen, aber in den 80er Jahren dann rückläufig sein.

Am 1. 1. des Jahres	Einwohner im Alter von 65 und mehr Jahren	
	Insgesamt	darunter Männer
	in 1 000	in %
1970	364,6	40
1975	391,1	39
1980	403,0	38
1985	357,3	36

Schon heute sind unter den Einwohnern im Rentenalter sechs Zehntel Frauen. Dieser Anteil wird noch anwachsen. Kriegsverluste bei den Männern und eine höhere durchschnittliche Lebenserwartung bei den Frauen sind die Hauptgründe für diese Entwicklung. Es ist damit zu rechnen, daß 1990 weniger als 10% aller Männer, aber 17% aller Frauen in einem Alter von 65 und mehr Jahren stehen werden. Die entsprechenden Anteile haben 1970 12% und 17% betragen.

Wegen der Unsicherheit der Ausgangszahlen - darauf ist eingangs hingewiesen worden - sind in dem vorliegenden Aufsatz nur wenige vorausgeschätzte Zahlen genannt worden. Sie

sollen lediglich eine Vorstellung von der Größenordnung der einzelnen Altersgruppen geben. Die beiden Bilder zeigen die Entwicklungen. Wer mit vorausgeschätzten Einzelangaben arbeiten möchte, muß auf den Statistischen Bericht "Vorausschätzung der schleswig-holsteinischen Bevölkerung bis 2000 - ohne Wanderungen" (A I 8 - j/70) zurück-

greifen oder die im Statistischen Landesamt vorliegenden Maschinentabellen einsehen.

In einem der nächsten Statistischen Monatshefte wird über die Bevölkerungsvorausschätzung unter Berücksichtigung eines Wanderungsmodells berichtet werden.

Dipl.-Volksw. Lieselotte Korscheyo

Landtagswahl 1971 in den Kreisen und Gemeinden sowie nach Bundestagswahlkreisen

CDU erreicht in allen Kreisen die absolute Mehrheit

Bisher eigneten sich die politischen Kreise für regionale Untersuchungen und besonders für Zeitreihen besser als die Wahlkreise, da sie als regionale Einheit bekannter waren und über lange Zeiträume unverändert blieben. Das hat sich durch die Gebietsreform geändert. Der Bekanntheitsgrad der neuen Kreise ist noch nicht so groß wie der der alten, und Zeitreihen lassen sich nur anhand von umfangreichen Umrechnungen erstellen, die darüber hinaus die Briefwähler nicht einschließen. Im folgenden Abschnitt wird daher bei Vergleichen nur die Landtagswahl 1967 herangezogen und diese auch nur ohne Berücksichtigung der Briefwähler.

Die Wahlbeteiligung war wie bei den letzten Landtagswahlen in den Kreisen höher als in den kreisfreien Städten. Sie belief sich in den Kreisen auf 79,8% und in den kreisfreien Städten auf 77,8%; im Landesdurchschnitt sind es 79,2% gewesen. Die höchste Wahlbeteiligung ergab sich in den Kreisen Plön mit 83,3%, Steinburg mit 81,9% und Ostholstein mit 81,7%. Sieht man vom Kreis Nordfriesland ab, dessen Wahlbeteiligung durch die Nachwahl im Wahlkreis 5 (Husum-Land) beeinflusst ist, so gingen die Wahlberechtigten in den kreisfreien Städten Flensburg (75,5%) und Kiel (77,8%) am wenigsten zur Wahl. In allen vier kreisfreien Städten liegt die Wahlbeteiligung unter dem Landesdurchschnitt. Bei den Kreisen ist das neben Nordfriesland (72,9%) noch in Flensburg-Land (78,3%) und Segeberg (78,6%) der Fall.

Die CDU stellt in allen 12 Kreisen und in zwei kreisfreien Städten die stärkste Partei. In den Kreisen konnte sie sogar überall die absolute Mehrheit erringen. Die größten Anteile sprangen für sie in Dithmarschen (57,6%) und Schleswig (57,3%) heraus. Bei

Ergebnisse der Landtagswahl 1971 nach Kreisen

KREISFREIE STADT Kreis	Gültige Stimmen Anzahl	darunter entfallen auf				
		CDU	SPD	FDP	NPD	SSW
		in %				
FLensburg	53 830	39,7	40,6	2,3	0,9	16,1
KIEL	155 639	43,5	50,5	3,9	1,0	0,1
LÜBECK	140 917	47,3	46,8	3,7	1,4	-
NEUMÜNSTER	49 973	49,1	45,0	4,3	0,9	-
Zusammen	400 359	45,0	47,2	3,7	1,1	2,2
Dithmarschen	77 022	57,6	35,5	3,4	3,0	0,0
Flensburg-Land	37 803	55,0	31,9	2,8	1,7	8,3
Hzgt. Lauenburg	82 514	54,8	39,5	3,7	1,3	-
Nordfriesland	78 543	55,0	33,9	4,6	1,2	5,0
Ostholstein	102 275	54,4	40,4	3,5	1,2	-
Pinneberg	135 878	51,4	42,3	4,5	0,9	0,0
Plön	64 396	52,9	42,0	3,1	1,3	-
Rendsburg-Eckernförde	128 360	55,1	38,7	3,6	1,2	1,0
Schleswig	54 549	57,3	32,9	3,5	1,5	4,6
Segeberg	90 212	55,9	37,5	4,6	1,4	-
Steinburg	77 965	55,2	39,2	3,1	2,0	0,0
Stormarn	91 158	52,9	40,5	4,8	1,1	-
Zusammen	1 020 675	54,6	38,6	3,9	1,4	1,1
Insgesamt	1 421 034	51,9	41,0	3,8	1,3	1,4

der Landtagswahl 1967 bekam sie nur in Flensburg-Land, Rendsburg-Eckernförde und Schleswig die Hälfte und mehr der gültigen Stimmen. Sie lag jedoch auch damals in allen Kreisen an der Spitze. In den kreisfreien Städten hat es einen Wechsel in den Mehrheitsverhältnissen gegeben. In Flensburg ging die Mehrheit an die SPD verloren und in Neumünster wurde sie von der CDU erobert. In Kiel blieb die Mehrheit für die SPD und in der Hansestadt Lübeck für die CDU erhalten.

Die SPD konnte nur in Kiel über die Hälfte der Stimmen auf sich vereinigen. Über 40% der Stimmen erhielt sie in den anderen kreisfreien Städten und in den Kreisen Ostholstein (40,4%), Stormarn (40,5%), Plön (42,0%) und Pinneberg (42,3%). Die SPD hat im Gegensatz zu 1967, als ihr Anteil noch in den Kreisen

Flensburg-Land und Schleswig unter 30% lag, in keinem Kreis weniger als 30% der gültigen Stimmen erhalten. Während die CDU sich in allen Kreisen und kreisfreien Städten verbessern konnte, gingen die Anteile der SPD in Neumünster und Hzgt. Lauenburg zurück. In Dithmarschen, Ostholstein und Plön ist zwar auch ein Rückgang zu verzeichnen, der sich aber bei Einbeziehung der Briefwähler 1967 in einen Gleichstand umwandeln dürfte.

Die FDP, die 1967 noch in fast allen Kreisen auf über 5% der Stimmen kam, schaffte es dieses Mal in keinem. Am günstigsten schnitt sie in Stormarn mit 4,8% ab. Auch die NPD hatte 1967 in fast allen Kreisen über 5% der Stimmen erhalten; 1971 errang sie den größten Anteil in Dithmarschen mit 3,0%. Der SSW, der traditionsgemäß nur in den nördlichen Kreisen größere Stimmenanteile auf sich vereinigt, erzielte in Flensburg 16,1% und in Flensburg-Land 8,3%. Die beiden übrigen Parteien, DKP und EP, erreichten in keinem Kreis 1% der Stimmen.

CDU erhielt in den kleinen Gemeinden über sechs Zehntel der Stimmen

Die Wahlberechtigten der kleineren Gemeinden beteiligen sich häufiger an der Wahl als die der großen. Auch wenn man die Briefwähler, die in den Städten stärker vertreten sind, den Gemeinden zuordnen könnte, wäre der Vorsprung der kleinen Gemeinden immer noch vorhanden. Ohne Berücksichtigung der Briefwähler beteiligten sich in Schleswig-Holstein 74,2% der Wahlberechtigten an der Wahl. In den Gemeinden bis 250 Einwohner sind es 79,3% und in denen unter 1 000 Einwohner 76,5%. Demgegenüber gingen von den Wahlberechtigten der Gemeinden zwischen 25 000

und 50 000 Einwohner 73,6% und denen über 50 000 Einwohner nur 72,6% zur Wahl. Die Wahlbeteiligung sinkt wie bei den vorangegangenen Landtagswahlen mit steigender Gemeindegröße. Bei einem Vergleich muß jedoch, wie bei den folgenden Vergleichen der Stimmenanteile, berücksichtigt werden, daß die Größenklassen abstrahiert von den ihnen zugehörigen Gemeinden betrachtet werden müssen, d. h. durch die Bevölkerungsentwicklung und vor allem die Gebietsreform sind nicht mehr die gleichen Gemeinden in einer Größenklasse wie 1967 (z. B. Norderstedt).

Die Stimmenanteile der CDU fallen wie bisher mit wachsender Gemeindegröße und die der SPD steigen, jedoch mit dem entscheidenden Unterschied, daß die Anteile der CDU, relativ betrachtet, nicht in dem Ausmaße fallen wie die der SPD steigen. In den Gemeinden bis 25 000 Einwohner erhielt die CDU über die Hälfte der gültigen Stimmen; bei den Gemeinden unter 1 000 Einwohner sind es sogar 62,9%. Auch in den Gemeinden mit 1 000 bis 2 000 Einwohnern ist der Anteil noch sehr hoch (57,0%). Vergleicht man mit dem Landesdurchschnitt ohne Briefwahl (51,6%), so fallen nur die Gemeinden mit 25 000 bis 50 000 Einwohnern (48,3%) und mit 50 000 und mehr Einwohnern (44,5%) etwas stärker ab. Gegenüber 1967 konnte die CDU in allen Größenklassen Gewinne verzeichnen. Besonders hoch waren sie bei den Gemeinden mit unter 1 000 Einwohnern mit 8,9 Punkten.

Die SPD konnte wie 1967 in keiner Größenklasse die absolute Mehrheit erzielen. Ihr Anteil lag nur bei den Gemeinden mit mehr als 50 000 Einwohnern - das sind die vier kreisfreien Städte und Norderstedt - über dem der CDU. Hier erhielt sie 47,8% der gültigen Stimmen und die CDU 44,5%. In allen

Ergebnisse der Landtagswahlen 1967 und 1971 nach Gemeindegrößenklassen

Gemeindegrößenklasse - Einwohner -	Wahlbeteiligung		Verteilung der gültigen Stimmen							
	1967	1971	CDU		SPD		FDP		NPD	
			1967	1971	1967	1971	1967	1971	1967	1971
			in %							
unter 1 000	71,9	76,5	54,0	62,9	29,5	30,6	6,5	2,9	7,6	2,0
1 000 - 2 000	71,9	75,3	48,3	57,0	36,2	36,1	6,7	3,4	6,4	1,6
2 000 - 5 000	72,4	75,2	44,6	52,4	40,7	40,6	6,8	4,0	6,0	1,4
5 000 - 10 000	71,7	74,2	46,2	54,2	39,1	38,8	6,5	4,0	5,8	1,2
10 000 - 25 000	71,2	74,4	44,9	50,9	41,8	42,6	5,8	4,0	5,6	1,2
25 000 - 50 000	69,5	73,6	44,5	48,3	41,1	44,1	6,3	4,6	5,2	1,1
50 000 und mehr	70,0	72,6	41,5	44,5	44,8	47,8	4,5	3,8	5,2	1,1
Zusammen	71,1	74,2	45,8	51,6	39,7	41,3	5,8	3,8	5,9	1,4
dazu Briefwahl	-	-	51,1	56,6	32,6	35,8	7,2	4,3	4,6	0,8
Insgesamt	74,1	79,2	46,0	51,9	39,4	41,0	5,9	3,8	5,8	1,3

anderen Größenklassen weist die CDU in der Mehrzahl einen ziemlich großen Vorsprung gegenüber der SPD auf. Bei den Gemeinden unter 1 000 Einwohner macht er 32,3 Punkte aus. Er hat sich dort gegenüber 1967 sogar noch vergrößert, obwohl die SPD ihren Anteil von 29,5% auf 30,6% erhöhen konnte. Damals belief sich der Abstand auf 24,5 Punkte.

Die Anteile der FDP sind ziemlich gleichmäßig verteilt. Sie schwanken zwischen 2,9% in den kleinen Gemeinden und 4,6% in den Gemeinden mit 25 000 bis 50 000 Einwohnern. Bei der NPD ist wie 1967 eine trendmäßige Abhängigkeit von der Gemeindegröße feststellbar. Ihre Stimmenanteile sinken von 2,0% (unter 1 000 Einwohner) auf 1,1% (über 50 000 Einwohner).

In 23 Gemeinden gingen fast alle Bürger zur Wahl

Eine 100prozentige Wahlbeteiligung tritt sehr selten auf und dann auch nur in kleineren Gemeinden. Bei der Landtagswahl 1971 sind in 23 Gemeinden über neun Zehntel der Wahlberechtigten zur Wahl gegangen. Die höchste Wahlbeteiligung ergab sich in Altenkattbek, Kreis Rendsburg-Eckernförde, wo 45 der 46 Wahlberechtigten ihr Wahlrecht ausübten. Auch bei den meisten anderen dieser 23 Gemeinden liegt die Zahl der Wahlberechtigten unter 100. Etwas größer ist nur Bilsen, Kreis Pinneberg, mit 365 Wahlberechtigten. Dort gingen 331 oder 90,7% zur Wahl. Es gibt aber auch Gemeinden, wo fast die Hälfte der Bürger nicht wählt. In der Gemeinde Wrixum, Wahlkreis Südtondern, war das Interesse an der Wahl mit einer Beteiligung von 40,6% am geringsten.

Ebenso wie eine 100prozentige Wahlbeteiligung erreicht eine Partei sehr selten alle Stimmen in einer Gemeinde. Bisher schaffte es nur die CDU bei Landtagswahlen, einen solchen 100prozentigen Erfolg zu erzielen. Zur diesjährigen Landtagswahl erhielt sie in Wiedenborstel, Kreis Steinburg, alle 5 abgegebenen Stimmen. Außerdem bekam sie in 13 weiteren Gemeinden, die alle weniger als 100 Wahlberechtigte aufweisen, über neun Zehntel der gültigen Stimmen. In weiteren 195 Gemeinden belief sich der CDU-Anteil auf über drei Viertel und in weiteren 888 Gemeinden auf über die Hälfte. Damit konnte die CDU in 1 096 Gemeinden oder fast neun Zehntel aller die Hälfte und mehr der Stimmen erringen. Darunter befinden sich 6 Gemeinden mit mehr als 10 000 Wahlberechtigten, und zwar: Heide mit 57,3%, Bad Oldesloe mit 53,2%, Eutin mit 53,9%, Bad Schwartau mit 51,8%, Mölln mit 54,2% und Reinbek mit 51,0%.

Die SPD konnte wie 1967 in keiner Gemeinde einen Anteil von über 75% erringen. Den größten Anteil bekam sie wiederum in Krempel, Kreis Dithmarschen, mit 71,4%. Über die Hälfte der Stimmen erzielte die SPD außer in Kiel noch in 41 Gemeinden. Die größte darunter ist Büdelsdorf mit einem SPD-Anteil von 52,8%. Neben Wiedenborstel, wo die CDU alle Stimmen erhielt, ging die SPD noch in vier kleineren Gemeinden leer aus.

Von den übrigen Parteien kam nur die FDP zweimal auf über ein Viertel der Stimmen, und zwar in Kotzenbüll, Kreis Nordfriesland, mit 27,9% und in Vollerwiek, Kreis Nordfriesland, mit 25,6%. Der SSW erzielte seine höchsten Anteile in Tinningstedt, Kreis Nordfriesland, (23,3%), Vollerwiek (22,5%) und Harrislee, Kreis Flensburg-Land, (21,6%) und die NPD in Christinenthal, Kreis Steinburg, mit 20,8%.

SPD nur noch im Bundestagswahlkreis Kiel an der Spitze

Vergleiche von Landtagswahlen mit Bundestagswahlen sind immer problematisch, weil das Wählerverhalten in der Regel verschieden ist. Weil aber nach solchen Vergleichen immer wieder gefragt wird, soll hier untersucht werden, wie das Ergebnis der Landtagswahl 1971 umgerechnet auf Bundestagswahlkreise aussieht.

Bei der Bundestagswahl 1969 hatte die CDU 46,2% der gültigen Zweitstimmen erhalten und die SPD 43,5%. Die CDU hat sich also um 5,7 Punkte verbessert und die SPD hat sich um 2,5 Punkte verschlechtert. Rechnet man das Ergebnis der Landtagswahl 1971 auf die Bundestagswahlkreise um, so stellt

Ergebnisse der Landtagswahl 1971 nach Bundestagswahlkreisen

Bundestagswahlkreis	Stimmenanteile von			
	CDU		SPD	
	1969 ^a	1971	1969 ^a	1971
1 Flensburg	43,8	45,7	46,6	37,3
2 Schleswig-Eckernförde	49,1	53,4	40,9	38,3
3 Husum	52,3	56,7	36,3	33,6
4 Steinburg-Süderdithmarschen	49,5	55,2	39,2	38,8
5 Rendsburg-Neumünster	48,4	53,9	42,0	40,0
6 Kiel	38,1	43,5	52,1	50,4
7 Plön	46,8	53,3	43,2	41,8
8 Segeberg-Eutin	50,6	57,8	38,3	36,3
9 Pinneberg	44,3	50,9	45,6	42,8
10 Stormarn-Hzgt. Lauenburg	45,6	53,2	43,7	40,6
11 Lübeck	42,8	47,3	47,9	46,8
Schleswig-Holstein	46,2	51,9	43,5	41,0

a) Zweitstimmen

die CDU in 10 der 11 Wahlkreise den Sieger und die SPD in einem, nämlich in Kiel. Die SPD kommt in Kiel auf die absolute Mehrheit und die CDU in 8 ihrer 10 Wahlkreise. Bei der Bundestagswahl 1969 war die SPD in vier Wahlkreisen erfolgreich gewesen, darunter in Kiel mit absoluter Mehrheit, und die CDU in sieben Wahlkreisen, darunter in Husum und Segeberg-Eutin mit absoluter Mehrheit. Die CDU würde also 10 Wahlkreisabgeordnete statt 7 stellen und die SPD einen statt vier. Unterstellt man, daß auf Schleswig-Holstein 21 Bundestags-

abgeordnete entfallen, so käme die CDU auf insgesamt 12 Abgeordnete, sofern die FDP auch im Bundesgebiet an der Sitzverteilung nicht teilnähme, und die SPD auf 9 Abgeordnete. Nach dem Ergebnis der Bundestagswahl 1969 haben die CDU und die SPD jeweils 10 Abgeordnete und die FDP einen Abgeordneten in den Bundestag entsandt.

Walter Dahms

Vergleiche auch: "Landtagswahl 1971" in Stat. Monatsh. S.-H. 1971, S. 98 (Mai/Juni)

Der Fremdenverkehr 1969/70 und seine Entwicklung ab 1951

Teil 1: Die Beherbergungskapazität

Infolge von Eingemeindungen sank die bisherige Zahl von 141 Berichtsgemeinden im Fremdenverkehrsjahr 1969/70¹ auf 136 Berichtsgemeinden. Die Gemeinden Archsum, Keitum, Morsum und Tinnum wurden zur Berichtsgemeinde "Sylt-Ost" zusammengefaßt, Cismar wurde Grömitz zugeschlagen und der Fremdenverkehr in Brunsbüttelkoog zu Brunsbüttel gerechnet. Da die Eingemeindungen die Ausdehnung des Erhebungsgebietes nicht beeinflußt haben, sind – jedenfalls in räumlicher Hinsicht – die Ergebnisse aus der Kapazitätserhebung vom 1. 4. 1970 mit den Ergebnissen des Vorjahres uneingeschränkt vergleichbar.

Die Zahl der Berichtsgemeinden gliedert sich nun wie folgt auf:

- 2 Großstädte
- 3 Heilbäder
- 39 Luftkur- und Erholungsorte
- 19 Nordseebäder
- 36 Ostseebäder
- 37 Sonstige Berichtsgemeinden

Die Zuordnung der Berichtsgemeinden zu den verschiedenen Gemeindegruppen hat sich gegenüber 1969 nicht geändert.

Auf Beherbergungsbetriebe und Privatquartiere verteilt sich das Angebot an Beherbergungsmöglichkeiten am 1. 4. 1970 folgendermaßen:

- 75 000 Gästebetten in
3 000 Beherbergungsbetrieben
- 101 000 Gästebetten in
21 000 Privatquartieren

Gegenüber dem 1. 4. 1969 stieg die Zahl der Betten in Beherbergungsbetrieben um 2%, in Privatquartieren wuchs die Kapazität,

gemessen an der Bettenzahl, um 12%. Die Beherbergungsbetriebe verfügten daher im Sommer 1970 über rund 1 700 Betten mehr als im Sommer des Vorjahres. Das Angebot der Privatquartiere erhöhte sich dagegen um 10 000 Betten, also um das Sechsfache des Zuwachses in den Beherbergungsbetrieben.

Der jeweils am 1. April ermittelte und im Kapazitätsbericht² veröffentlichte Bettenbestand kann allerdings kein vollständiges Bild des Bettenangebots in den Monaten Juli und August geben. Einerseits fehlt die Bettenzahl neuer Betriebe, die nach dem Erhebungstermin fertiggestellt wurden, andererseits steht zum Zeitpunkt der Erhebung noch nicht fest, wie viele Betten in Privatquartieren während der Hochsaison zusätzlich zur Verfügung gestellt werden. Annähernd genau kann jedoch die Zahl der zusätzlich bereitgestellten Betten über die Zahl der Übernachtungen bestimmt werden. Mit Hilfe der Zahl der Übernachtungen und der Betten am 1. April kann für jeden Monat ein Auslastungsgrad berechnet werden. Die auf diese Art für August 1970 berechnete Kapazitätsauslastung in Privatquartieren betrug 101,6%. Ein Jahr zuvor war die Diskrepanz zwischen der am 1. April registrierten Bettenzahl und der Zahl der im Juli in Privatquartieren belegten Betten noch größer. Gemäß der berechneten Auslastung in Höhe von 105,9% muß die Zahl der im Juli bereitgestellten Betten um etwa 6% höher gewesen sein als am 1. April ermittelt. Diese Aussage kann immer nur nachträglich gemacht werden. Die Frage, wie viele Gäste tatsächlich in

1) 1. 10. 1969 bis 30. 9. 1970

2) Stat. Bericht G IV 2 "Die Beherbergungskapazität..."

der Hochsaison aufgenommen werden können - die Frage nach der potentiellen Kapazität - läßt sich überhaupt nicht beantworten, weil es von zahlreichen, vorher nicht zu ermittelnden Faktoren abhängt, ob ein Privatvermieter in der Hochsaison noch weitere Betten anbietet, als im April angegeben, oder überhaupt erst als Vermieter auftritt.

Ständig wachsendes Bettenangebot

Der steigende Trend im Gästebettenangebot setzte sich im Jahre 1970 - selbst unter Zugrundelegung bereinigter Werte - fort. Von 1951 an bis zum 1. April 1970 hat sich das statistisch erfaßte Angebot an Betten, die für den Fremdenverkehr zur Verfügung standen, in den Berichtsgemeinden nahezu vervierfacht.

Bis 1955 wurden die Ergebnisse in durchschnittlich 110 Berichtsgemeinden gewonnen (1951 und 1952 jeweils 110, 1953 und 1954 jeweils 109, 1955 112 Gemeinden), ab 1956 bis September 1961 betrug die Zahl der Berichtsgemeinden 165 (Ausnahmen: 1956 und 1960 waren es 163 Gemeinden), danach schwankte die Zahl zwischen 139 und 141. Durch die Reduzierung der Zahl der Gemeinden um 26 zwischen 1961 und 1962 verringerte sich der Umfang des erfaßten Fremdenverkehrs nur geringfügig (< 1 %). Zur Berichterstattung über den Fremdenverkehr werden auf Vorschlag des Wirtschaftsministeriums jeweils alle Gemeinden herangezogen, die eine bestimmte Zahl von Übernachtungen im Jahre aufweisen oder wahrscheinlich erreichen werden. Diese Zahl betrug 1970 3 000 Übernachtungen.

Während am 1. 10. 1951 insgesamt 44 000 Betten gezählt wurden, war die Zahl der Betten bis zum 1. 4. 1970 auf insgesamt 176 000 angewachsen, wobei die 100 000er Grenze 1960 überschritten wurde.

Die Beherbergungskapazität in Schleswig-Holstein ab 1951

1. April (1951 - 1953: 1. 10.)	Betten Insgesamt	davon in	
		Beherbergungs- betrieben	Privat- quartieren
1951	44 453	30 601	13 852
1952	51 904	33 728	18 176
1953	66 437	37 627	28 810
1954	67 317	38 992	28 325
1955	71 319	40 349	30 970
1956	79 021	44 028	34 993
1957	86 833	44 046	42 787
1958	93 256	46 881	46 375
1959	98 744	48 758	49 986
1960	107 127	52 439	54 688
1961	114 874	55 228	59 646
1962	120 153	56 818	63 335
1963	123 716	58 245	65 471
1964	129 377	59 860	69 517
1965	132 864	60 322	72 542
1966	138 394	63 331	75 063
1967	147 111	65 967	81 144
1968	155 370	69 450	85 920
1969	164 048	73 772	90 276
1970	176 202	75 409	100 793

Diese Entwicklung ist die Antwort auf die steigende Nachfrage im Fremdenverkehrssektor, die mit steigendem Realeinkommen einhergeht. Einerseits eröffnen steigende Realeinkommen die Möglichkeit zur Arbeitszeitverkürzung, also auch zu mehr Urlaub, andererseits vollzieht sich erfahrungsgemäß bei steigendem Wohlstand ein Wandel der Konsumgewohnheiten. Die Befriedigung der unmittelbar die Existenz sichernden Bedürfnisse verliert relativ an Gewicht. Dafür schiebt sich die Nachfrage nach Dienstleistungen mehr und mehr in den Vordergrund.

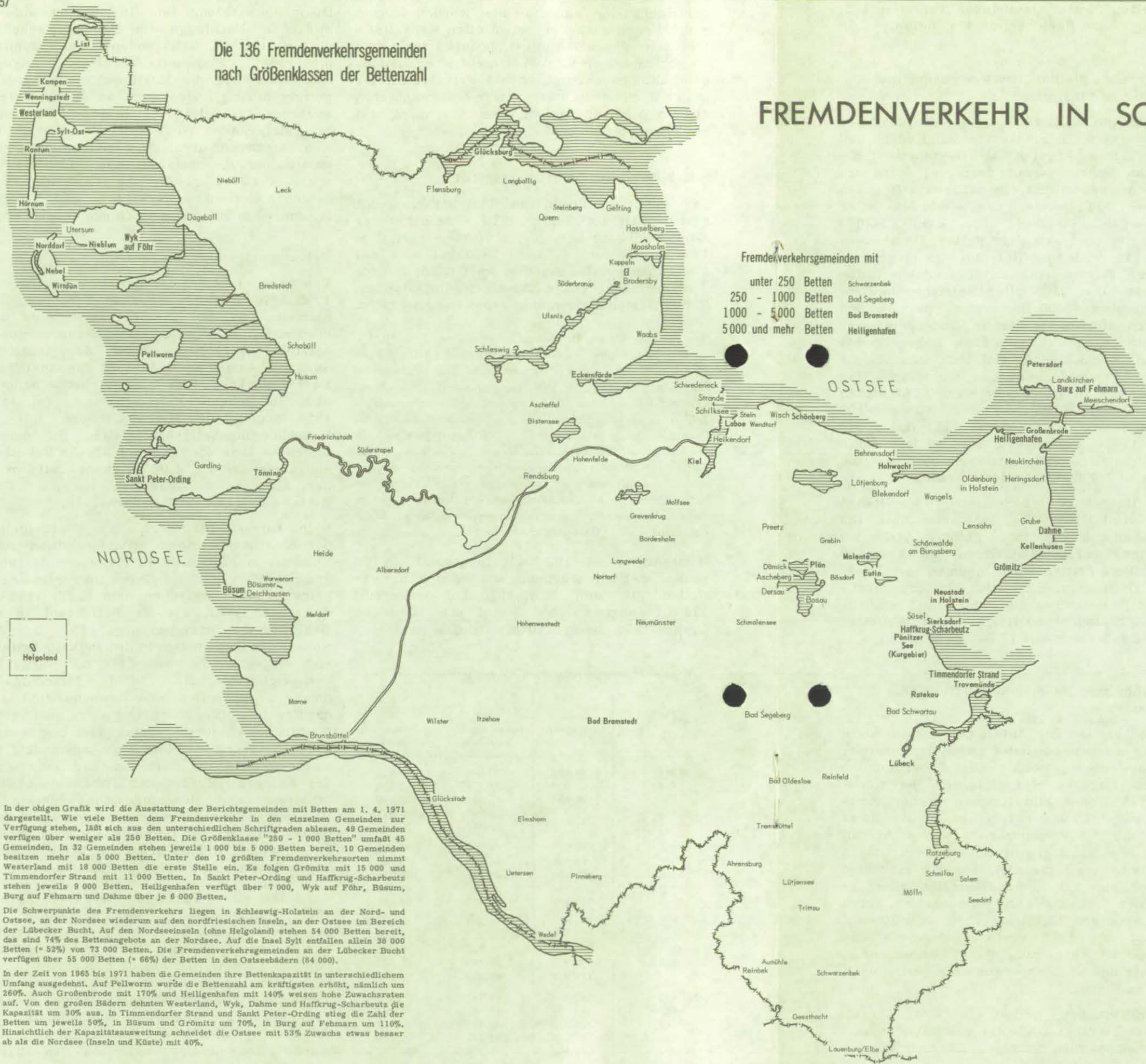
Privatquartiere an der Spitze

Von der Gesamtzahl der Gästebetten am 1. 4. 1970 entfielen 43% auf Beherbergungsbetriebe, so daß die Privatquartiere über ein Drittel mehr Betten als die Beherbergungsbetriebe verfügten. Nach der amtlichen Statistik bestand am 1. 10. 1951 das umgekehrte Verhältnis: knapp 70% der Gästebetten befanden sich in Beherbergungsbetrieben. Im Jahre 1958 zogen die Privatquartiere mit den Beherbergungsbetrieben gleich. Im darauffolgenden Jahr überflügelten sie die Beherbergungsbetriebe um 1 000 Betten. Seitdem ist der Abstand kontinuierlich bis auf 25 000 Betten am 1. 4. 1970 angewachsen.

Rein formal resultiert diese Verschiebung der Anteile aus einem unterschiedlich hohen Zuwachs an Kapazität für die beiden Anbietergruppen. Den stärksten Zuwachs verzeichneten beide Gruppen zwischen dem 1. 10. 1952 und dem 1. 10. 1953, als die Bettenzahl in den Beherbergungsbetrieben um 12% stieg, die Anzahl der Gästebetten in den Privatquartieren sich dagegen um mehr als die Hälfte des vorherigen Bestandes erhöhte. Allerdings ist dieser ungewöhnlich hohe Zuwachs wohl nicht das Ergebnis einer übermäßig stark gestiegenen Nachfrage, sondern Ausdruck einer beginnenden Normalisierung auf dem Wohnungsmarkt, der zu dieser Zeit noch stark von den Auswirkungen des Krieges geprägt war (Wohnraumbewirtschaftung und Beschlagnahmen durch die Besatzungsmacht). Im Fremdenverkehrssektor kehrten erst wieder 1961 normale Verhältnisse ein, als dem Fremdenverkehr keine gewerblichen Betten mehr zweckentfremdet wurden.

Wird für einen Vergleich der Zuwachsraten 1962 als Basisjahr gewählt, ergibt sich folgendes Bild: In Beherbergungsbetrieben kamen von 1962 bis 1970 durchschnittlich jährlich 2 300 Betten hinzu. Mit einem Durchschnittswert von 4 700 Betten pro Jahr verzeichneten die Privatquartiere den doppelten Zugang zu ihrer Beherbergungskapazität. Bei der Interpretation dieses Sachverhalts - relativ starke Zunahme der Betten in den Privat-

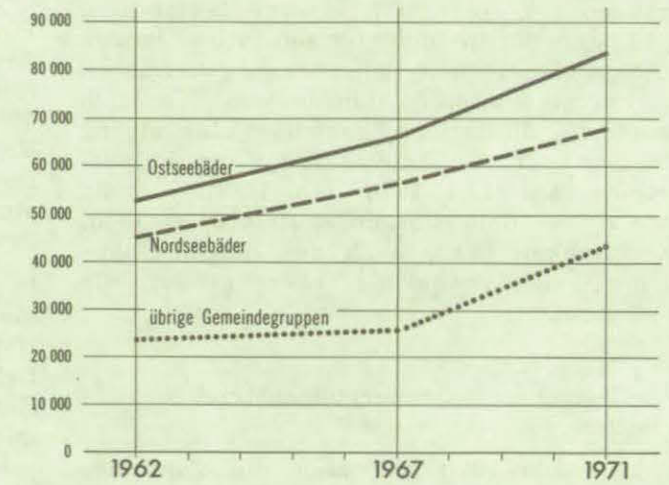
Die 136 Fremdenverkehrsgemeinden nach Größenklassen der Bettenzahl



FREMDEnVERKEHR IN SCHLESWIG-HOLSTEIN 1971

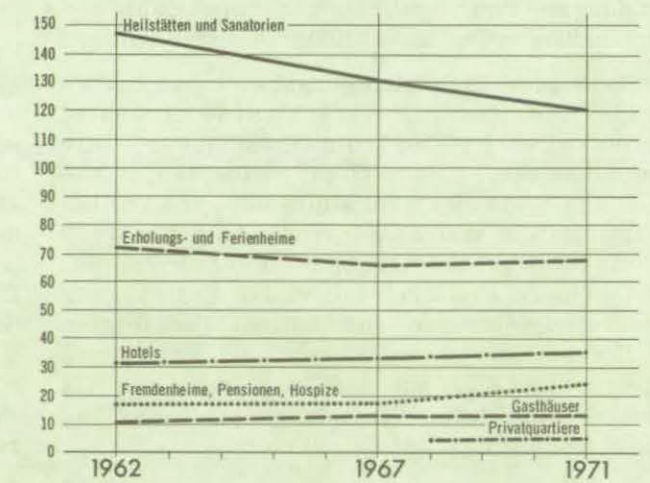
Entwicklung der Beherbergungskapazität

Betten in Beherbergungsbetrieben und Privatquartieren am 1. April



Entwicklung der durchschnittlichen Betriebsgröße nach der Betriebsart

Betten je Betrieb am 1. April



In der obigen Grafik wird die Ausstattung der Berichtsgemeinden mit Betten am 1. 4. 1971 dargestellt. Wie viele Betten dem Fremdenverkehr in den einzelnen Gemeinden zur Verfügung stehen, läßt sich aus den unterschiedlichen Schriftgraden ablesen. 49 Gemeinden verfügen über weniger als 250 Betten. Die Größenklasse "250 - 1 000 Betten" umfaßt 45 Gemeinden. In 32 Gemeinden stehen jeweils 1 000 bis 5 000 Betten bereit. 10 Gemeinden besitzen mehr als 5 000 Betten. Unter den 10 größten Fremdenverkehrsorten nimmt Westerland mit 18 000 Betten die erste Stelle ein. Es folgen Grömitz mit 15 000 und Timmendorfer Strand mit 11 000 Betten. In Sankt Peter-Ording und Haffkrug-Scharbeutz stehen jeweils 9 000 Betten. Heiligenhafen verfügt über 7 000, Büsum, Burg auf Fehmarn und Dahme über je 6 000 Betten.

Die Schwerpunkte des Fremdenverkehrs liegen in Schleswig-Holstein an der Nord- und Ostsee, an der Nordsee wiederum auf den nordfriesischen Inseln, an der Ostsee im Bereich der Lübecker Bucht. Auf den Nordseeinseln (ohne Helgoland) stehen 54 000 Betten bereit, das sind 74% des Bettenangebots an der Nordsee. Auf die Insel Sylt entfallen allein 38 000 Betten (= 52%) von 73 000 Betten. Die Fremdenverkehrsgemeinden an der Lübecker Bucht verfügen über 55 000 Betten (= 66%) der Betten in den Ostseebädern (84 000).

In der Zeit von 1965 bis 1971 haben die Gemeinden ihre Bettenkapazität in unterschiedlichem Umfang ausgedehnt. Auf Pellworm wurde die Bettenszahl am kräftigsten erhöht, nämlich um 260%. Auch Großenbrode mit 170% und Heiligenhafen mit 140% weisen hohe Zuwachsraten auf. Von den großen Bädern dehnten Westerland, Wyk, Dahme und Haffkrug-Scharbeutz die Kapazität um 30% aus. In Timmendorfer Strand und Sankt Peter-Ording stieg die Zahl der Betten um jeweils 50%, in Büsum und Grömitz um 70%, in Burg auf Fehmarn um 110%. Hinsichtlich der Kapazitätsausweitung schneidet die Ostsee mit 53% Zuwachs etwas besser ab als die Nordsee (Inseln und Küste) mit 40%.

quartieren, daher fortgesetzt steigender Anteil des Fremdenverkehrs in Privatquartieren - muß folgendes berücksichtigt werden: Die Dunkelziffer hinsichtlich der Bettenzahl in Privatquartieren lag wegen der schwierigen Erfassung und fehlender Kontrollmöglichkeiten (Verabreichung von Getränken und Speisen ist erlaubnisfrei) ständig über der Dunkelziffer für Beherbergungsbetriebe. Durch eine Verbesserung der Erfassungsmethoden und ein steigendes Eigeninteresse der Gemeinden an einer lückenlosen Erfassung des Fremdenverkehrs in ihrem Bereich (Kurtaxzahlung) ging die Zahl der bislang nicht erfaßten Betten in Privatquartieren immer weiter zurück, so daß die von der Statistik nachgewiesene Zahl der Betten in Privatquartieren überdurchschnittlich anwachsen mußte. Ob der Zug zu einer überproportionalen Mehrung des Bettenangebots in Privatquartieren tatsächlich vorhanden ist, läßt sich schwer feststellen, obwohl gerade in den letzten vier Jahren der Abstand zwischen Beherbergungsbetrieben und Privatvermietern besonders deutlich hervortritt. Statistisch gesichert ist streng genommen nur die Aussage, daß die Privatquartiere am 1. 4. 1970 ein Drittel mehr Betten als die Beherbergungsbetriebe besaßen. In Wirklichkeit wird, nach den obigen Überlegungen, ihr Vorsprung eher größer als kleiner sein.

Netto-Zugang an Beherbergungsbetrieben und Betten

Von 1961 bis 1970 hat sich die Zahl der Beherbergungsbetriebe insgesamt um 555 erhöht. Damit verfügt Schleswig-Holstein über 3 000 Betriebe. Der Zuwachs in den einzelnen Jahren ist recht unterschiedlich: Er liegt zwischen vier Betrieben (1964/65) und 135 Betrieben (1965/66). Der hier verwendete Nettozugang ergibt sich als Saldo aus den Gründungen und Schließungen; die Zahl der Neugründungen lag meist höher als der Saldo.

Innerhalb der Beherbergungsbetriebe unterscheidet die Statistik verschiedene Gruppen, nämlich die Hotels, die Gasthäuser, die Fremdenheime, Pensionen, Hospize, die Erholungs- und Ferienheime und schließlich die Heilstätten und Sanatorien. Zwischen 1969 und 1970 lag die Gruppe "Fremdenheime, Pensionen und Hospize" mit einem Nettozugang von 77 Betrieben an der Spitze. Ihr folgten die Hotels mit 3 Betrieben. Dagegen verringerte sich die Zahl der Gasthäuser um 22, während die Gruppe "Erholungs- und Ferienheime" netto einen Betrieb verlor.

Im gleichen Zeitraum erhöhte sich die Zahl der Betten in Fremdenheimen, Pensionen und Hospizen um 1 147. In Hotels kamen

773 Betten hinzu. Gasthäuser verloren 182, Erholungs- und Ferienheime 134 Betten.

Dominierende Stellung der Fremdenheime, Pensionen und Hospize

Wie sich am 1. 4. 1970 die Gesamtzahl der Betriebe nach Betriebsarten aufgliedert und über welches Angebot an Gästebetten die einzelnen Betriebsarten verfügen, wird im folgenden verdeutlicht. In Schleswig-Holstein verfügten 739 Hotels, das sind 24% aller Beherbergungsbetriebe, über knapp 26 000 Betten, das sind 34% aller Betten. Gasthäuser spielen in Schleswig-Holstein im Gegensatz z. B. zu Bayern eine untergeordnete Rolle; 294 Gasthäuser (10% aller Betriebe) bewirtschaften etwa 4 000 Betten, die nur 5% des gesamten Bettenangebots in Beherbergungsbetrieben ausmachen. Eine überragende Position in Schleswig-Holstein nimmt die Gruppe "Fremdenheime, Pensionen und Hospize" ein: in 1 900 Betrieben (62%) stehen 36 000 Betten (48%). Weiter wurden 105 Erholungs- und Ferienheime (3%) mit 7 000 Betten (10%) registriert. An letzter Stelle stehen die Heilstätten und Sanatorien, die zusammen 2 000 (3%) Betten betreuen.

In der Rangskala der Betriebsgrößen stehen die 17 Heilstätten und Sanatorien mit 132 Betten an der Spitze, gefolgt von den Erholungs- und Ferienheimen mit etwa 70 Betten. Den dritten Platz nehmen die Hotels mit 35 Betten ein. Eine noch kleinere durchschnittliche Betriebsgröße weisen die Fremdenheime, Pensionen und Hospize mit 19 Betten und die Gasthäuser mit 13 Betten auf.

Fremdenheime, Pensionen und Hospize im Vormarsch

Von 1962 an ist der Anteil der Hotels sowie der Heilstätten und Sanatorien an der Gesamtkapazität um jeweils 0,9 Prozentpunkte gefallen. Dagegen verzeichneten Fremdenheime, Pensionen und Hospize in der Zeitspanne von 1962 bis 1970 einen Anstieg ihres Anteils um 7,5 Prozentpunkte von 40,5% auf 48%. Dieser Anstieg ging teilweise zu Lasten der Gasthäuser, die 2,7 Punkte einbüßten (von 7,9% auf 5,2%), hauptsächlich aber zu Lasten der Erholungs- und Ferienheime, deren Anteil sich von 12,6% auf 9,6% verringerte. Von 1962 bis 1970 verloren demnach alle Betriebsarten bis auf die Fremdenheime, Pensionen und Hospize, wenn auch geringfügig, relativ an Boden.

Diese Entwicklung beruht einerseits darauf, daß Betriebe nicht eindeutig einer Betriebsart zugeordnet werden konnten. Dadurch kam es

Betten nach Betriebsarten 1962 bis 1970

Betriebsart	1962	1963	1964	1965	1966	1967	1968	1969	1970
Hotels	19 955	20 663	21 318	21 453	22 012	22 643	23 466	25 069	25 842
Gasthäuser	4 474	4 305	4 253	4 473	4 425	4 418	4 482	4 078	3 896
Fremdenheime, Pensionen, Hospize	23 012	23 280	24 305	24 867	27 147	29 010	31 883	35 026	36 173
Erholungs- und Ferienheime	7 171	7 889	7 973	7 413	7 604	7 674	7 306	7 389	7 255
Heilstätten und Sanatorien	2 206	2 108	2 011	2 116	2 143	2 222	2 313	2 210	2 243
Insgesamt	56 818	58 245	59 860	60 322	63 331	65 967	69 450	73 772	75 409

vor, daß die zweifelhaften Fälle einmal unter der Kategorie Gasthäuser, dann wieder unter Hotels geführt wurden. Durch ein klareres Abgrenzungskonzept ist dieser Mangel heute beseitigt. Andererseits beruht die Verschiebung der Kapazitätsanteile zugunsten der Pensionen darauf, daß Erholungssuchende ihren Urlaub mit Vorliebe in Pensionen verbringen und der Erholungsreiseverkehr überdurchschnittlich gestiegen ist.

Konzentration des Angebots an Gästebetten (ohne Privatquartiere)

Eine weitere Gliederung der Beherbergungsbetriebe läßt sich aus ihrer Größe, gemessen an der Bettenzahl ableiten. Am 1. 4. 1970 entfielen 6,6% der Bettenkapazität auf Betriebe in der untersten Größenklasse (1 bis 9 Betten). Ihr Anteil an der Gesamtzahl der Betriebe betrug 22,6%. Die Größenklasse "10 bis 19 Betten" mit einer Besetzung von 37,3% aller Betriebe verfügte über 21,5% aller Betten. In die Klasse 20 bis 49 Betten fielen 30,7% der Betriebe und 37,0% der Betten. Rund 7% aller Betriebe umfaßte die Größenklasse 50 bis 99 Betten, die 18,4% der Betten aufweist. 100 und mehr Gästebetten haben 2,3% aller Betriebe. Auf sie entfallen 16,5% aller Betten. Diese Konzentration bestand annähernd auch schon 1968 und 1969.

Tendenz zu größeren Betriebseinheiten

Gemessen an der Bettenzahl, weist die durchschnittliche Größe von Hotels, Gasthäusern, Fremdenheimen, Pensionen und Hospizen seit 1962 eine leicht steigende Tendenz auf, während Erholungs- und Ferienheime im Durchschnitt gleich groß geblieben sind. Während 1962 im Durchschnitt 31 Betten in den Hotels standen, waren es 1970 4 Betten mehr. Gasthäuser vergrößerten sich um 2 Betten von 11 auf 13 Betten. Auch die Bettenzahl in Fremdenheimen nahm um 2 zu. Hier umfaßte ein Betrieb am 1. 4. 1970 durchschnittlich 19 Betten. Die Größe von Heilstätten, Sanatorien und Erholungsheimen hat sich - unter Schwankungen - von 148 Betten (1962) auf 132 Betten (1970) verringert.

Über 80% des Bettenangebots in den Seebädern

Die dominierende Rolle, die die Ost- und Nordseebäder im Fremdenverkehr Schleswig-Holsteins spielen, wird bei einer Gegenüberstellung der Bettenkapazität in den einzelnen Gemeindegruppen sichtbar. Am 1. 4. 1970 verfügten die Nordseebäder über 69 000 Betten oder 39% aller statistisch erfaßten Betten. Sie werden noch übertroffen von den Ostseebädern, die mit 78 000 Betten oder 44% an der Spitze der Gemeindegruppen in Schleswig-Holstein stehen. Mit weitem Abstand folgen die Luftkur- und Erholungsorte mit 13 000 Betten (9%). Die sonstigen Berichtsgemeinden weisen 9 000 Betten (5%) auf. An vorletzter Stelle rangieren die Heilbäder mit mehr als 4 000 Betten (2%). Die beiden Großstädte Kiel und Lübeck verfügen zusammen über 3 400 (2%) Betten. Während sich das Bettenangebot der Privatquartiere noch stärker als das gesamte Angebot an Betten auf die Seebäder konzentriert - 90% an der Nord- und Ostsee -, verteilen sich die Betten der Beherbergungsbetriebe etwas gleichmäßiger als die Gesamtzahl auf die 6 Gemeindegruppen. An der Ostsee stehen 40% aller gewerblichen Betten, die Nordsee ist mit 34% beteiligt. In den sonstigen Berichtsgemeinden stehen fast 9% der Betten. Luftkur- und Erholungsorte verfügen über 8%. Großstädte (4%) und Heilbäder (5%) teilen sich den Rest.

In den Seebädern dominieren die Privatquartiere

Die relative Bedeutung der Privatquartiere und Beherbergungsbetriebe in den einzelnen Gemeindegruppen kann aus der folgenden Tabelle abgelesen werden.

In den Großstädten konzentriert sich das Bettenangebot fast ausschließlich auf Gewerbebetriebe (95%). Auch in den Heilbädern und sonstigen Berichtsgemeinden spielen die Gewerbebetriebe mit 84% und 76% der Kapazität eine hervorragende Rolle. Dagegen entfallen in den Seebädern mehr als 60% der Beherbergungskapazität auf Privatquartiere.

Aufteilung der Betten
auf Beherbergungsbetriebe und Privatquartiere am 1. 4. 1970
- in % -

Gemeindegruppe	Betten insgesamt	davon in	
		Betrieben	Privat- quartieren
Großstädte	100	95,4	4,6
Heilbäder	100	84,2	15,8
Sonstige Berichtsgemeinden	100	76,4	23,6
Luftkur- und Erholungsorte	100	45,4	54,6
Ostseebäder	100	38,8	61,2
Nordseebäder	100	37,4	62,6

In den Luftkur- und Erholungsorten halten sich - mit einem geringen Übergewicht der Privatquartiere - beide Gruppen ungefähr die Waage.

Die meisten gewerblichen Betten
in den Pensionen

Das gesamte gewerbliche Bettenangebot verteilt sich auf die Betriebsarten wie folgt:

Fremdenheime, Pensionen, Hospize	36 173 Betten	(48,0 %)
Hotels	25 842 Betten	(34,3 %)
Erholungs- und Ferienheime	7 255 Betten	(9,6 %)
Gasthäuser	3 896 Betten	(5,2 %)
Heilstätten und Sanatorien	2 243 Betten	(3,0 %)

Den Löwenanteil aller Betten teilen sich also Fremdenheime, Pensionen und Hospize sowie Hotels mit zusammen 82%.

Auf die Frage, wie sich die Bettenzahl, über die die einzelnen Betriebsarten verfügen, auf die Gemeindegruppen verteilt, geben die folgenden Zeilen Auskunft. Die Betten der Hotels sind am gleichmäßigsten auf die Gemeindegruppen verteilt. Am schwächsten sind die Hotels in Heilbädern (5,3%), am stärksten in den Ostseebädern (36,8%) ver-

treten. Gasthäuser verfügen in den Ostseebädern über 31% ihrer Betten, in Luftkur- und Erholungsorten sowie in den sonstigen Berichtsgemeinden über jeweils ein Viertel ihrer gesamten Bettenzahl. Wesentlich ungleicher gestaltet sich die Verteilung der Betten bei den restlichen drei Betriebsarten. Heilstätten und Sanatorien haben ihren Schwerpunkt naturgemäß in Heilbädern des Binnenlandes und an der Nordsee. Die Beherbergungskapazität der Erholungs- und Ferienheime befindet sich zu 85% in den Seebädern. Fremdenheime, Pensionen und Hospize haben sogar über 90% ihres Bettenangebots in den Seebädern.

Vormachtstellung der Hotels
in den Großstädten

Eine andere Weise der Anteilsberechnung gibt auf die Frage Antwort, welchen Betriebsarten die Betten in einer bestimmten Gemeindegruppe angehören. In den Großstädten vereinen die Hotels 88% aller Betten auf sich, in den sonstigen Berichtsgemeinden sind es nur 8% weniger. Auch in Heilbädern (39%) und in den Luftkur- und Erholungsorten (40%) verfügen die Hotels über die relative Mehrheit sämtlicher Betten. Nur in den Seebädern werden sie von den Fremdenheimen, Pensionen und Hospizen übertroffen, deren Bettenanteil in den Nordseebädern 63% beträgt, in den Ostseebädern bei 56% liegt. Gasthäuser sind in nennenswertem Umfang in Luftkur- und Erholungsorten (16% der dortigen Betten) sowie in den sonstigen Berichtsgemeinden vertreten (15%), während Heilstätten und Sanatorien in den Heilbädern einen relativ hohen Anteil der Betten besitzen (22%). In den Luftkur- und Erholungsorten erreichen die Erholungs- und Ferienheime ihren höchsten Bettenanteil von 16%, in den Nordseebädern beträgt ihr Anteil 14% und in den Ostseebädern 9%.

Verteilung des Bettenangebots auf Betriebsarten in sechs Gemeindegruppen am 1. 4. 1970
- in % -

Gemeindegruppe	Hotels	Gasthäuser	davon in			Insgesamt
			Fremdenheime, Pensionen	Erholungs- und Ferienheime	Heilstätten, Sanatorien	
Großstädte	88,4	4,5	7,1	-	-	100
Heilbäder	38,6	1,2	36,8	1,6	21,9	100
Luftkur- und Erholungsorte	40,1	16,2	21,7	16,4	5,7	100
Nordseebäder	16,9	2,1	63,1	13,9	4,0	100
Ostseebäder	31,6	4,0	55,7	8,5	0,1	100
Sonstige Berichtsgemeinden	79,3	14,6	4,5	0,9	0,7	100

Dipl.-Volksw. Karlheinz König

Die Wohnverhältnisse der älteren Einwohner

Aus der Gebäude- und Wohnungszählung 1968 wurden unter anderem auch Angaben über die Wohnparteien gewonnen. Eine Wohnpartei besteht aus den Personen, die in einer Wohnung oder Wohngelegenheit gemeinsam wirtschaften. Das Erhebungsmerkmal ist insoweit mit dem des Haushalts identisch, bei den Wohnparteien werden aber im Gegensatz zu den Haushalten die Personen mit mehr als einem Wohnsitz an jedem Wohnsitz gezählt, wodurch sich Doppelzählungen ergeben. Andererseits wurden Personen in Anstaltsgebäuden und Wohnheimen nur dann erfaßt, wenn sie in einer Wohnung lebten, wobei unter Wohnungen Wohneinheiten zu verstehen sind, die - im Gegensatz zu Wohngelegenheiten - eine eigene Küche oder Kochnische haben und nicht im Kellergeschoß oder in Unterküften liegen. Die bei der Wohnungszählung ermittelte Zahl der Personen in Wohnparteien entspricht somit nicht der der Wohnbevölkerung.

Für die Wohnparteien wurde festgestellt, wieviel Personen sie umfassen, wie alt ihr Vorstand ist, wieviel Räume sie jeweils bewohnen, in welchem rechtlichen Wohnverhältnis sie stehen und wie die Wohnungen ausgestattet sind. Im folgenden soll besonders ein Gesichtspunkt betrachtet werden, nämlich das Alter des Haushaltsvorstandes, wenn auch nur in der groben Zweiteilung der unter und über 65jährigen Vorstände. Wenn selbstverständlich auch nicht gesagt werden kann, daß alle Angehörigen einer Wohnpartei auf derselben Seite der 65-Jahre-Grenze stehen wie ihr Vorstand, so ist es doch wohl gerechtfertigt, das Alter des Haushaltsvorstandes als einen bedeutenden Anhaltspunkt für die überwiegende Alterszusammensetzung dieser Wohngemeinschaft zu nehmen. Für die meisten Wohnparteien mit einem über 65jährigen Vorstand wird wohl die Vorstellung zutreffen, daß es sich um ältere alleinstehende Personen oder Ehepaare, in einigen Fällen auch mit Kindern oder anderen Personen, handelt, und daß der Haushaltsvorstand Pension oder Rente bezieht. Die unter 65jährigen Haushaltsvorstände werden in der Regel am Erwerbsleben teilnehmen, und ihre Wohnpartei wird aus jüngeren Menschen und Kindern bestehen.

Der Einfachheit halber wird im folgenden von jüngeren und älteren Haushaltsvorständen oder Wohnparteien gesprochen werden, wobei immer eine Wohnpartei mit einem Vorstand unter oder über 65 Jahren gemeint ist.

Wegen der steigenden Lebenserwartung und des wachsenden Anteils der älteren Bevölkerung an der Gesamtpopulation gewinnen alters-

bedingte Probleme in unserer Gesellschaft immer mehr an Bedeutung. Für viele ältere Menschen, die an das Haus gebunden sind, stellt die Wohnung den Lebensmittelpunkt dar. Es werden Wohnungen gebraucht, die für ältere Bürger geeignet sind, denn nur ein kleiner Teil der älteren Bevölkerung kann in Heimen untergebracht werden.

Dieses Problem ist inzwischen weitgehend erkannt. In zunehmendem Maße bedürfen daher nicht nur junge Ehepaare, kinderreiche Familien und Körperbehinderte, sondern auch alte Menschen der Wohnungsförderung. Nicht nur für jüngere Wohnparteien, besonders, wenn Kinder vorhanden sind, stellt eine gut ausgestattete Wohnung eine Lebenserleichterung dar, sondern auch für ältere. Jedoch sind jüngere Menschen, gerade, wenn sie sich beruflich festigen wollen, gefühlsmäßig noch nicht so stark an ihre Wohnungen gebunden wie ältere Menschen und deshalb umzugsfreudiger.

Es ist offensichtlich, daß alte Bürger in Wohnungen, die sie bereits seit Jahrzehnten bewohnen, durch fehlende Aufzüge, WCs außerhalb der Wohnung, Mangel eines Bades, Transport von Brennmaterial und Müll stärker belastet werden als jüngere Menschen. Im folgenden soll gezeigt werden, wie es sich mit den Wohnverhältnissen der Parteien mit einem älteren Vorstand in Schleswig-Holstein im Jahre 1968 verhielt.

Wohnverhältnis

In Schleswig-Holstein wurden insgesamt 864 000 Wohnparteien ermittelt. Von diesen hatten 221 000 (25,6%) einen Vorstand, der 65 Jahre und älter war. Vergleichsweise betrug der Anteil der über 65jährigen an der Gesamtbevölkerung 16%. Die Gruppe mit einem unter 65 Jahre alten Vorstand umfaßte 643 000 Wohnparteien (74,4%).

Ein bedeutender Gesichtspunkt in der Gliederung des Materials ist die rechtliche Seite des Wohnverhältnisses, nämlich Eigentum, Miete und Untermiete. Es werden noch zwei weitere Gruppen unterschieden, obwohl diese nicht auf dem Wohnrechtsverhältnis beruhen, nämlich danach, ob die Wohnpartei in einer Wohngelegenheit oder in einer Unterkunft wohnt, beides Wohnformen, die qualitativ den durchschnittlichen Ansprüchen an eine "Normalwohnung" mehr oder weniger unterlegen sind.

Die Mieter stellen durchweg mehr als die Hälfte aller Wohnparteien (siehe auch die

Wohnparteien 1968 nach dem Alter der Vorstände und der Unterbringungsart

	Wohnparteien insgesamt	davon			
		Vorstand älter als 65 Jahre		Vorstand jünger als 65 Jahre	
		Anzahl	in % von Sp. 1	Anzahl	in % von Sp. 1
Mieter	492 425	132 046	26,8	360 379	73,2
Eigentümer	318 525	75 541	23,7	242 984	76,3
Untermieter in Wohnungen und Wohngelegenheiten	33 079	7 322	22,1	25 757	77,9
Wohnparteien in Wohngelegenheiten (ohne Untermieter)	10 056	3 542	35,2	6 514	64,8
Wohnparteien in Unterküften	10 218	2 787	27,3	7 431	72,7
Insgesamt	864 303	221 238	25,6	643 065	74,4

zweite Tabelle). Unter den jüngeren sind es 56%, unter den älteren 60%. Beachtlich groß ist allerdings auch die Gruppe der Eigentümer, die sich, umgekehrt wie bei den Mietern, bei den jüngeren Wohnparteien auf den etwas höheren Anteil von 38% stellt und bei den älteren auf 34%. Unter den jüngeren gibt es vergleichsweise weniger Mieter und mehr Eigentümer als unter den älteren Wohnparteien, wenn auch die Unterschiede nicht sehr bedeutend sind.

Die drei weiteren Gruppen dieser Untergliederung (Untermieter, Mieter in einer Wohngelegenheit, Wohnparteien in Unterküften) umfassen zusammen nur den kleinen Anteil von 6,2%, wobei die Untermieter mit 4% unter den jüngeren und 3,3% unter den älteren noch die größte Gruppe bilden, gegenüber den Wohnparteien in Wohngelegenheiten und Unterküften, die mit je 1% bis 2% nicht mehr ins Gewicht fallen.

Der einzige bemerkenswerte Unterschied zwischen älteren und jüngeren Wohnparteien, nämlich in Bezug auf den Anteil der Mieter und Eigentümer, mag daraus erklärt werden, daß wir uns seit einiger Zeit in einer Phase befinden, in der der Besitz eines Eigen-

heimes von immer mehr Menschen angestrebt und erreicht wird. Daraus ergibt sich, daß die jungen Wohnparteien, die in der Regel zu einem späteren Zeitpunkt als die älteren Haushalte ihre Wohnungsfrage gelöst haben, relativ häufiger Eigenheimbesitzer sind.

Größe der Wohnparteien

Es läßt sich ein weiterer Gesichtspunkt einführen, nämlich die Größe der Wohnparteien nach der Personenzahl, wobei wieder zwischen älteren und jüngeren Wohnparteien unterschieden wird. Bei den Einpersonen-Wohnparteien wurde zusätzlich das Geschlecht ermittelt. Zur besseren Übersicht wurden hier jedoch die männlichen und weiblichen Einpersonen-Haushalte zusammengefaßt.

Es zeigt sich ein fundamentaler Unterschied in Abhängigkeit vom Alter des Haushaltsvorstandes. Während 62% der jungen Wohnparteien 3 und mehr Personen umfassen, sind es von den älteren nur 14%. Der Ausgleich liegt in den kleinen Wohnparteien, besonders denen der Alleinstehenden. Von den jüngeren gehören dazu nur 14%, von den älteren dagegen 44%.

Ältere und jüngere Wohnparteien nach der Unterbringungsart und der Personenzahl

Größe der Wohnpartei	Alter des Vorstandes ¹	Wohnparteien		davon in % (der Spalte 1)				
		insgesamt	%	Mieter	Eigen- tümer	Unter- mieter	in einer Wohn- gelegenheit	in einer Unterkunft
Zusammen	älter	221 238	100	59,7	34,1	3,3	1,6	1,3
	jünger	643 065	100	56,0	37,8	4,0	1,0	1,2
davon mit								
1 Person	älter	96 722	43,7	68,1	21,3	6,5	2,8	1,3
	jünger	91 761	14,3	58,8	16,8	19,6	3,3	1,4
2 Personen	älter	93 610	42,3	57,9	39,1	1,0	0,8	1,3
	jünger	153 070	23,8	61,5	34,4	2,1	0,9	1,1
3 und mehr Personen	älter	30 906	14,0	39,0	59,2	0,3	0,4	1,1
	jünger	398 234	61,9	53,3	43,9	1,1	0,5	1,1

1) älter = 65 Jahre und älter
jünger = jünger als 65 Jahre

Von den Gruppen, die sich in der zweiten Tabelle durch Kombination der Unterbringungsart und der Personenzahl ergeben, sind einige im Vergleich zwischen älteren und jüngeren Wohnparteien nennenswert. So sind z. B. 20% aller jüngeren, aber nur 7% der älteren Wohnparteien alleinstehende Mieter, was sich durch den Standardfall der Studenten, Lehrlinge und jungen Berufstätigen ergibt, die das Elternhaus eben verlassen haben, aber noch keine eigene Wohnung besitzen.

Die eingangs aufgestellte Behauptung, ältere Wohnparteien seien relativ seltener Eigentümer als jüngere, muß durch die Gliederung nach der Personenzahl der Wohnparteien ergänzt werden und führt dadurch zu weiteren Erkenntnissen: Wie die Spalte 4 der zweiten Tabelle deutlich zeigt, wohnen ältere Wohnparteien aller Größen jeweils häufiger im Eigentum als die entsprechenden jüngeren Wohnparteien. Die Unterschiede reichen von 5 Punkten bei den Parteien mit einer Person und zwei Personen, bis zu 15 Punkten bei den Parteien mit drei und mehr Personen, aber immer zugunsten der älteren. Der scheinbare Widerspruch zu der Aussage über die Gesamtheit aller Wohnparteien (obere zwei Zeilen der Tabelle) erklärt sich aus den verschiedenen Anteilen der Größenklassen an den jüngeren und älteren Wohnparteien, von denen oben die Rede war, in Verbindung mit der Tatsache, daß der Anteil der Eigen-

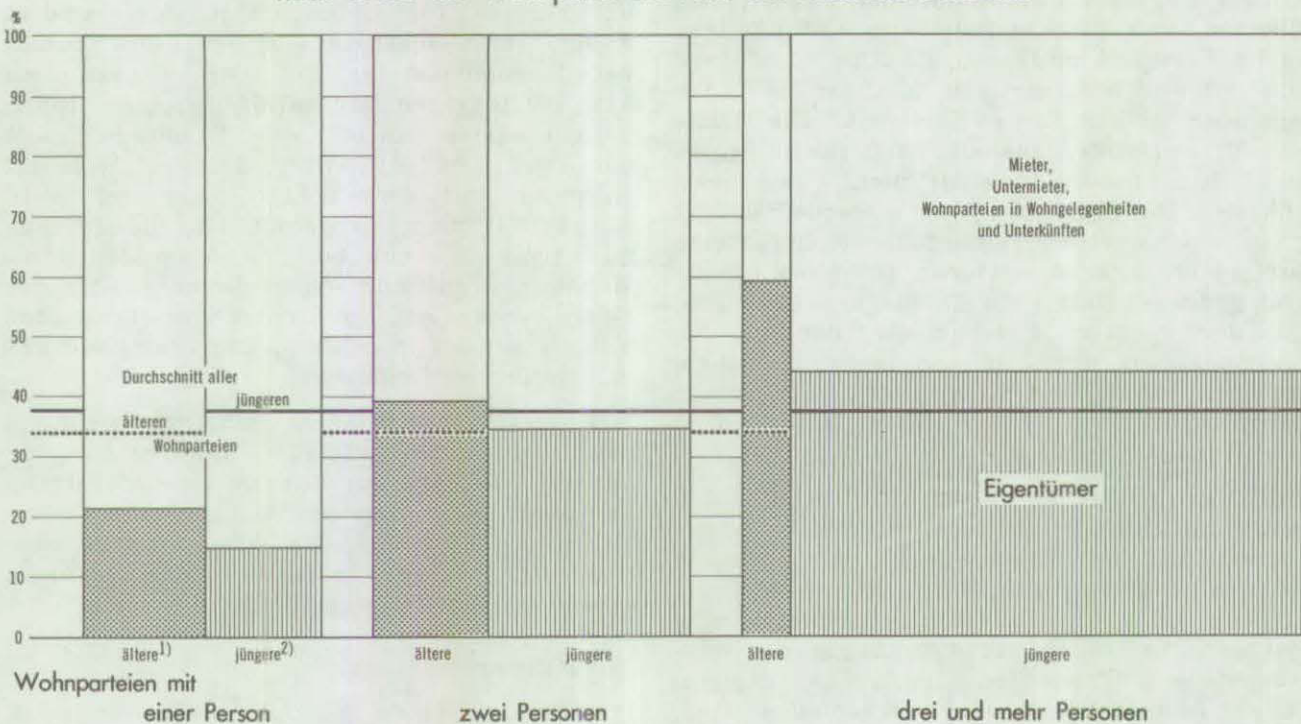
tümer wesentlich von der Größe der Wohnpartei abhängt. Die Größe der Wohnpartei ist offensichtlich das für die Form des Wohnrechts eigentlich relevante Merkmal. Von sämtlichen Alleinstehenden sind nur 20% Eigentümer, von sämtlichen Zweipersonen-Haushalten sind es schon 36%, aber von sämtlichen Wohnparteien mit drei und mehr Personen sind es 45%. Das Bild macht diese Zusammenhänge augenfällig.

Wohnungsgröße

Für die einzelne Wohnpartei ist neben anderen Merkmalen, z. B. der sanitären Ausstattung, die Größe der Wohnung von Bedeutung. Sie wird hier an der Zahl der bewohnten Räume gemessen. Dazu erwähnt werden, daß für die Wohnungszählung ein Raum mindestens 6 qm groß sein mußte, um als solcher gezählt zu werden, und daß wohl Küchen, nicht aber Badezimmer oder andere Nebenräume dazugehören. Ferner sei noch einmal an die eingangs hinsichtlich der "Wohnung" genannten Voraussetzungen erinnert. Das Merkmal der Wohnungsgröße kann für die Parteien, die zur Miete wohnen, mit dem Merkmal Größe der Wohnpartei kombiniert werden. Für die Eigentümer und die weiteren Gruppen der Wohnparteien (Untermieter und in Unterkünften lebende Haushalte) ist eine derartige Betrachtung jedoch nicht möglich, da das statistische

D - 4259

Die Eigentümer unter den Wohnparteien 1968 nach Größe der Wohnpartei und Alter des Haushaltsvorstandes



1) Vorstand 65 und mehr Jahre alt 2) Vorstand jünger als 65 Jahre

Ältere und jüngere Mieterwohnparteien nach der Raumzahl und der Personenzahl

Größe der Wohnpartei	Alter des Vorstandes ¹⁾	Mieterwohnparteien		davon in % in Wohnungen mit ... Räumen			
		insgesamt	%	1	2	3	4 und mehr
Alle	älter	132 046	100	3,1	16,1	47,0	33,9
	jünger	360 379	100	1,1	6,6	32,9	59,3
davon mit							
1 Person	älter	65 827	49,9	5,6	26,1	46,6	21,6
	jünger	53 920	15,0	5,5	25,2	45,8	23,5
2 Personen	älter	54 169	41,0	0,6	7,0	51,8	40,7
	jünger	94 193	26,1	0,7	6,0	46,6	46,7
3 und mehr Personen	älter	12 050	9,1	0,2	2,2	27,4	70,1
	jünger	212 266	58,9	0,2	2,2	23,5	73,9

1) älter = 65 Jahre und älter
jünger = jünger als 65 Jahre

Material in dieser Hinsicht nicht tief genug gegliedert ist.

Auf eine ältere Mieterpartei kommen etwa drei jüngere. Ein Blick auf die Verteilung der Mieterparteien insgesamt auf die Wohnungsgrößen (obere zwei Zeilen) zeigt, daß prozentual dreimal mehr ältere Haushalte in einer Wohnung mit nur einem Raum wohnen als jüngere. Auch in Wohnungen mit zwei und drei Räumen ist der Anteil der älteren erheblich größer. Erst bei den Wohnungen ab vier Räumen zeigt sich eine bemerkenswerte Umkehrung zugunsten der jüngeren Wohnparteien. Rund 60% von ihnen gegenüber 34% der älteren verfügen über derartige größere Wohnungen.

Dieses Ergebnis stimmt mit der Feststellung überein, daß jüngere Haushalte viel häufiger mehr Personen umfassen als ältere, während die älteren Wohnparteien häufiger nur aus ein oder zwei Personen bestehen. Die Hälfte der älteren Mieterhaushalte zählt zur Kategorie der Einpersonen-Wohnparteien. Von den jüngeren zählt nur etwa jeder siebente Haushalt dazu. Auch an den Zweipersonen-Wohnparteien stellen die älteren mit etwa 40% einen erheblich größeren Anteil als die jüngeren mit 26%. Zu der größten Mietergruppe, nämlich den Wohnparteien mit drei und mehr Personen, gehören jedoch viel mehr von den jüngeren (etwa 60%) als von den älteren (9%) Wohnparteien.

Mit der Größe der Wohnpartei erhöht sich auch die Zahl der bewohnten Räume. Interessant ist die Feststellung, daß zwischen älteren und jüngeren Wohnparteien gleicher Größe keine nennenswerten Abweichungen bestehen in Bezug auf die Anteile der verschiedenen Wohnungsgrößen, daß dagegen diese Anteile sehr wohl verschieden sind, wenn man sie für die Gesamtheit der älteren

und jüngeren Wohnparteien errechnet (obere zwei Zeilen der Tabelle). Hier zeigt sich ein ähnliches Gewichtungsphänomen wie bei den Merkmalen Rechtsform und Haushaltsgröße. Der erste Eindruck, daß nämlich ältere Wohnparteien relativ häufiger kleine und seltener große Wohnungen haben, täuscht, mindestens, was das Ausmaß dieser Erscheinung betrifft. Entscheidend ist eigentlich wieder die Größe der Wohnpartei, und die darin bestehenden starken Unterschiede zwischen älteren und jüngeren Haushalten schlagen auf das mit der Personenzahl verbundene Merkmal, nämlich die Wohnungsgröße, durch.

Die Trennung der drei Hauptbereiche des Wohnens, nämlich Essenbereitung, Schlafen und übriges Tagesleben, in mindestens drei Räume ist unabhängig von der Personenzahl der Wohnpartei für 81% der älteren und 92% der jüngeren Haushalte die Norm. Einen nennenswerten Anteil von Wohnungen mit nur zwei Räumen, wobei also der Wohnteil entweder mit dem Schlaf- oder mit dem Küchenteil zusammengelegt ist, findet man mit rund 25% nur bei den Alleinstehenden. Wohnungen mit nur einem Raum sind recht selten, sogar von den Einpersonen-Haushalten wohnen nur 5% in solchen, und zwar gleichermaßen ältere wie jüngere.

Das Merkmal Raumzahl erbringt bezüglich der hier beabsichtigten Untersuchung der Wohnverhältnisse der älteren im Unterschied zu denen der jüngeren Wohnparteien keine Erkenntnisse außer der bereits gegebenen Warnung, aus der Gesamtverteilung nicht zu falschen Schlüssen zu gelangen.

Ausstattung

Die Qualität einer Wohnung wird wesentlich von der sanitären Ausstattung bestimmt; Bad,

WC und die Art der Heizung sind hier entscheidend. Die Wohnungen wurden in dieser Erhebung nach vier Ausstattungsmerkmalen in fünf Gruppen unterteilt, und zwar

1. mit Bad, WC und Sammelheizung
2. mit Bad und WC,
aber ohne Sammelheizung
3. ohne Bad, mit WC in der Wohnung
4. ohne Bad, mit WC im Gebäude
5. sonstige (meist schlechtere Ausstattung)

Die qualitativ am besten ausgestattete Wohnung enthält die Einrichtungen der ersten Ausstattungsstufe. Die letzte Gruppe der "sonstigen" umfaßt Wohnparteien, die nur über eine schlechte oder uneinheitliche Ausrüstung verfügen. Hier dürfte es sich zum großen Teil um alte Wohnungen handeln, deren Ausbau nicht mehr lohnt, und um Wohnungen in ländlichen Gebieten.

Die Qualität der Wohneinheit wurde statistisch kombiniert mit der Größe der Wohnpartei und mit dem Merkmal Mieter/Eigentümer.

Von den jüngeren Haushalten sowohl der Mieter als auch der Eigentümer lebte der größte Teil in Wohnungen der besten Ausstattungsstufe. Von den Eigentümern waren es nahezu 50%, von den Mietern 34%. Auch die relative Mehrheit der älteren Eigentümerhaushalte (31%) hatte den Vorteil der gleichen Wohnungsqualität, während die Mehrheit der älteren Mieter, nämlich 26%, der zweiten Ausstattungsstufe zuzurechnen war, wogegen sich nur 21% von ihnen in Wohnungen der ersten Stufe befanden.

Auch in der zweiten Ausstattungsstufe überwiegen noch die Anteile der jüngeren Wohnparteien gegenüber denen der älteren. 70% der jüngeren und 50% der älteren Wohnparteien gehörten zusammengenommen den ersten beiden Ausstattungsstufen an. Die jüngeren Parteien waren also besser ausgestattet.

Die zur dritten und vierten Ausstattungsstufe zählenden Haushalte müssen auf das Bad in der Wohnung verzichten. Ein Teil von diesen hatte jedoch WC in der Wohnung, der andere Teil WC lediglich im Gebäude. Es zeigt sich, daß 39% der älteren Mieterhaushalte, aber nur 24% der jüngeren, und 20% der älteren Eigentümer-Haushalte, aber nur 9% der jüngeren, in derartig ausgestatteten Wohnungen lebten. Diese Aussagen scheinen nicht, wie die beiden Globalaussagen nach der zweiten und dritten Tabelle, eine statistische Täuschung zu sein, jedenfalls zeigt sich kein weiterer Faktor, der hier wieder der eigentlich bestimmende sein könnte. Wenn man die Abhängigkeit der sanitären Ausstattung vom Baujahr des Hauses bedenkt, weil die Einrichtungen der Stufen 1 und 2 erst in den letzten Jahrzehnten zur Selbstverständlichkeit geworden sind, so erscheint die aus den Zahlen sprechende Benachteiligung der älteren Wohnparteien auch plausibel. Sie findet sich nicht nur in den Untergruppen der Mieter und Eigentümer, ebenso wie in der Totalmasse, sondern auch in der Gliederung nach der Personenzahl.

Die Betrachtung der Kombinationen der Größe der Haushalte und deren Ausstattung führt zu der Erkenntnis, daß größere Wohnparteien zu einem höheren Prozentsatz der besten

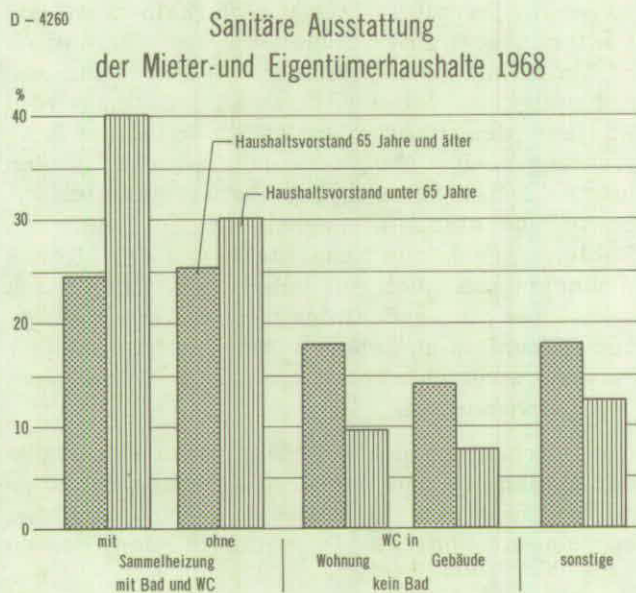
Ältere und jüngere Mieter- und Eigentümerwohnparteien nach Ausstattung der Wohnung und Personenzahl

Größe der Wohnpartei Wohnverhältnis	Alter des Vorstandes ¹	Mieter- und Eigentümer- Wohnparteien	davon Ausstattung in %				
			mit Bad und WC		ohne Bad mit WC		Sonstige
			mit Sammelheizung	ohne	in der Wohnung	im Gebäude	
Wohnparteien mit							
1 Person	älter	86 428	20,4	21,9	22,2	18,2	17,3
	jünger	69 376	30,1	25,8	15,6	15,4	13,0
2 Personen	älter	90 800	26,1	27,3	17,1	11,6	17,9
	jünger	146 782	36,5	30,2	11,4	9,6	12,2
3 und mehr Personen	älter	30 359	32,2	29,6	12,2	5,8	20,2
	jünger	387 205	43,3	30,9	7,9	5,6	12,3
Alle	älter	207 587	24,6	25,4	18,0	14,0	18,0
	jünger	603 363	40,1	30,1	9,6	7,7	12,4
davon Mieter							
	älter	132 046	21,2	26,3	19,5	18,9	14,1
	jünger	360 379	34,4	31,2	11,5	11,7	11,2
Eigentümer							
	älter	75 541	30,7	23,9	15,4	5,3	24,7
	jünger	242 984	48,6	28,5	6,9	1,8	14,1

1) älter = 65 Jahre und älter
jünger = jünger als 65 Jahre

Ausstattungsstufe angehören. Besitzen die älteren Einpersonen-Wohnparteien zu 42% den Ausstattungsstandard der ersten beiden Stufen, so sind es bei den älteren Zweipersonen-Wohnparteien bereits 53% und bei den älteren Haushalten mit 3 und mehr Personen schon 62%. Noch günstiger stehen sich bei diesem Vergleich die jüngeren Wohnparteien.

In den gutausgestatteten Wohnungen leben von den 3-und-mehr-Personen-Wohnparteien also größere Anteile als von den Alleinstehenden, die dafür häufiger als die größeren Haushalte mit den minderen Stufen (ohne Bad) vorliebnehmen müssen. In allen Gruppen aber besteht zwischen jüngeren und älteren Haushalten dieselbe Abstufung: die jüngeren sind in günstigen Gruppen häufiger, die älteren in ungünstigen Gruppen.



Es scheint zum gesicherten Ergebnis dieser Untersuchung zu gehören, daß Haushalte mit einem Vorstand über 65 Jahren durchschnittlich in weniger gutausgestatteten Wohnungen leben als die mit einem jüngeren Vorstand. Die Unterschiede sind allerdings nur fein, es handelt sich jeweils nur um einige Prozentpunkte Abstand. Den ungünstigsten Stand haben die älteren Alleinstehenden (darunter zahlreiche Altenteiler in der Landwirtschaft?): hier allein wohnt die knappe Mehrheit von 22,2% in Wohnungen ohne Bad, aber mit WC in der Wohnung, während die Anteile der besseren Stufen 1 und 2 mit 20,4% und 21,9% etwas geringer sind. Nur diese älteren Alleinstehenden wohnen zu weniger als der Hälfte in den guten Wohnungen der ersten beiden Stufen, nämlich nur zu 42%, wogegen dieser Anteil bei allen anderen Gruppen der Tabelle über 50% liegt.

Ein Blick auf das Bild zu diesem Thema läßt erkennen, daß die älteren Wohnparteien sich ungefähr zu gleichen Anteilen auf die fünf Ausstattungsstufen verteilen. Man kann sagen, im Hinblick auf diese Teilmasse der älteren Haushalte seien die statistischen Gruppen, nämlich die Ausstattungsstufen, sinnvoll gebildet worden. Für die jüngeren Haushalte gilt dies durchaus nicht: sie finden sich in den beiden ersten Stufen erheblich stärker vertreten als in den drei letzten. Ursache dieser ungleichen Verteilung ist vermutlich, daß unter den jüngeren Haushalten diejenigen stark überwiegen, die erst in jüngerer Zeit, mit höheren Ansprüchen und unter größeren Aufwendungen ihre Wohnung gefunden haben.

Dipl.-Sozialw. Siegfried Larsow

Erläuterungen

Die Quelle ist nur bei Zahlen vermerkt, die nicht aus dem Statistischen Landesamt stammen

Differenzen zwischen Gesamtzahl und Summe der Teilzahlen entstehen durch unabhängige Rundung; allen Rechnungen liegen die ungerundeten Zahlen zugrunde.

Bei Größenklassen bedeutet z. B. "1-5": "1 bis unter 5".

Zahlen in () haben eingeschränkte Aussagefähigkeit.

p = vorläufige, r = berichtigte, s = geschätzte Zahl, D = Durchschnitt.

- = Zahlenwert genau Null

0 = Zahlenwert größer als Null, aber kleiner als die Hälfte der verwendeten Einheit

= Zahlenwert aus sachlichen oder technischen Gründen unbekannt

oder aus anderen Gründen nicht eingesetzt,

Angabe nach der Bezeichnung des betreffenden Tabellenfaches sinnlos

... = Zahlenwert noch nicht bekannt

STATISTISCHE MONATSHEFTE SCHLESWIG-HOLSTEIN

23. Jahrgang . Heft 7 . Juli 1971

Schleswig-Holstein im Zahlenspiegel

Monats- und Vierteljahreszahlen

		1965	1970	1970			1971			
		Monats- durchschnitt		März	April	Mai	Febr.	März	April	Mai
Bevölkerung und Erwerbstätigkeit										
*Bevölkerung am Monatsende	1 000	2 423	2 567 ⁺	2 561	2 564
Natürliche Bevölkerungsbewegung										
*Eheschließungen	Anzahl	1 785	1 548	1 569	1 202	1 859	1 024	1 478
*	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	8,8	7,2	7,2	6,9	8,5	5,2	6,7
*Lebendgeborene	Anzahl	3 726	2 930	3 276	2 697	3 108	2 756	3 259
*	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	18,5	13,7	15,1	15,4	14,3	13,9	14,8
*Gestorbene (ohne Totgeborene)	Anzahl	2 495	2 749	2 849	2 262	2 671	2 445	2 919
*	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	12,4	12,8	13,1	12,9	12,3	12,3	13,3
* darunter im ersten Lebensjahr	Anzahl	75	65	82	71	69	39	72
*	je 1 000 Lebendgeborene	20,2	22,2	25,0	26,3	22,2	14,2	22,1
*Überschuß der Geborenen	Anzahl	1 231	181	427	435	437	311	340
*	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	6,1	0,8	2,0	2,5	2,0	1,6	1,5
Wanderungen										
*Über die Landesgrenze Zugezogene	Anzahl	7 694	8 382	7 358	9 453	9 583	7 606	8 948
*Über die Landesgrenze Fortgezogene	Anzahl	6 151	6 381	5 940	7 035	7 119	5 004	6 457
*Wanderungsgewinn	Anzahl	1 543	2 001	1 418	2 418	2 464	2 602	2 491
*Innerhalb des Landes Umgezogene ¹⁾	Anzahl	9 641	9 788	8 717	10 916	9 873	8 737	9 954
Wanderungsfälle	Anzahl	23 487	24 551	22 015	27 404	26 575	21 347	25 359
	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	164	161	141	182	167	152	161
Arbeitslage										
*Arbeitslose	1 000	8	8	12	7	6	13	10	8	6
darunter *Männer	1 000	6	5	8	3	3	7	6	4	3
Offene Stellen	1 000	19	24	26	29	29	23	25	26	26
darunter für Männer	1 000	10	15	15	17	17	14	15	15	15
Landwirtschaft										
Viehbestand										
*Rindvieh (einschließlich Kälber)	1 000	1 379 ^a	1 407 ^a
darunter *Milchkühe	1 000	505 ^a	496 ^a
*Schweine	1 000	1 701 ^a	1 774 ^a	1 673	.	.	.	1 704	.	.
darunter *Zuchtsauen	1 000	169 ^a	183 ^a	176	.	.	.	178	.	.
darunter *trächtig	1 000	103 ^a	112 ^a	109	.	.	.	111	.	.
Schlachtungen von Inlandtieren										
*Rinder (ohne Kälber)	1 000 St.	21	34	30	34	35	28	33	30	26
*Kälber	1 000 St.	3	3	4	3	3	3	4	4	3
*Schweine	1 000 St.	156 ^b	200 ^c	195	187	184	198	209	197	184
darunter *Hausschlachtungen	1 000 St.	11 ^b	9 ^c	10	6	3	15	12	6	5
*Schlachtungsmengen²⁾ aus gewerblichen Schlachtungen										
(ohne Geflügel)	1 000 t	17,7	25,9	24,0	24,5	25,2	21,7	24,2	23,1	21,3
darunter *Rinder (ohne Kälber)	1 000 t	4,8	8,3	7,0	8,1	8,7	6,6	8,0	7,4	6,3
*Kälber	1 000 t	0,2	0,2	0,3	0,2	0,2	0,2	0,2	0,3	0,2
*Schweine	1 000 t	12,6	17,4	16,7	16,2	16,3	14,8	16,0	15,4	14,7
Durchschnittliches Schlachtgewicht für										
Rinder (ohne Kälber)	kg	238	241	241	242	248	242	244	247	240
Kälber	kg	61	61	61	59	58	62	63	64	68
Schweine (ab Jan. 1971 neue Berechnungsgrundlage, Vergleichbarkeit mit früheren Zahlen eingeschränkt)	kg	87	91	90	90	90	81	81	81	82
Geflügel										
Eingelegte Bruteier ³⁾										
*für Legehennenküken	1 000	533	497	771	628	487	659	764	679	585
*für Masthühnerküken	1 000	403	911	843	1 059	1 007	486	867	973	992
*Geflügelfleisch ⁴⁾	1 000 kg	302	803	923	823	775	619	828	345	617
*Milcherzeugung										
1 000 t		169	178	219	231	237	168	210	225	244
darunter *an Molkereien und Händler geliefert	%	90	92	91	92	93	91	92	92	93
*Milchleistung je Kuh und Tag	kg	11,6	11,6	14,0	15,2	15,2	12,2	13,7	15,2	16,0

*) wird von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

+) vorläufiges Ergebnis (Fortschreibung der Wohnbevölkerung auf den 26.5.1970 = Tag vor der Volkszählung)

1) ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene 2) einschließlich Schlachtfette, jedoch ohne Innereien

3) in Betrieben mit einem Fassungsvermögen von 1 000 und mehr Eiern

4) aus Schlachtungen inländischen Geflügels in Schlachtereien mit einer Schlachtkapazität von 2 000 und mehr Tieren

a) Dezember

b) Winterhalbjahr 1965/66 = 18

c) Winterhalbjahr 1970/71 = 16

noch: Monats- und Vierteljahreszahlen

		1965	1970	1970			1971			
		Monats- durchschnitt		März	April	Mai	Febr.	März	April	Mai
Industrie und Handwerk										
Industrie⁵⁾										
*Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber)	1 000	178	191	190	190	190	191	191	191	190
darunter *Arbeiter 6)	1 000	140	145	145	144	144	144	144	144	143
*Geleistete Arbeiterstunden	Mill.	23	24	24	25	24	23	25	24	23
*Löhne (brutto)	Mill. DM	98,8	157,2	143,7	149,1	151,2	154,4	167,8	169,9	166,8
*Gehälter (brutto)	Mill. DM	37,5	66,6	61,2	61,6	63,0	69,1	70,7	71,6	72,7
*Kohleverbrauch	1 000 t SKE ⁷⁾	54	33	37	36	35	26	30	29	34
*Gasverbrauch	1 000 cbm	8 869 ^{d)}	23 914	23 467	23 486	24 961	28 417	28 818	27 543	25 129
*Heizölverbrauch	1 000 t	77	95	90	95	89	101	118	95	85
*Stromverbrauch	Mill. kWh	118	157	150	160	157	157	169	162	159
*Stromerzeugung (gesamte industrielle Eigenerzeugung)	Mill. kWh	36	37	35	37	39	34	36	33	30
*Umsatz (ohne Umsatzsteuer) ⁸⁾	Mill. DM	746	1 070	1 025	1 127	1 008	1 077	1 261	1 197	1 067
darunter *Auslandsumsatz	Mill. DM	92	144	196	149	134	133	226	137	132
Produktionsindex (ohne Bauindustrie und ohne öffentliche Energieversorgung)	1962=100	116	162	166	168	187	173	168	185	183
Steine und Erden		115	144	80	153	176	121	118	161	192
Eisen-, Stahl- und Temperguß		114	123	136	130	139	104	111	121	117
Chemische Erzeugnisse		209	455	590	551	640	558	515	658	513
Papiere und Pappen		110	147	135	143	134	146	136	127	117
Stahlbauerzeugnisse		120	191	178	192	219	191	178	208	217
Maschinenbauerzeugnisse		108	140	134	146	162	143	133	150	148
Wasserfahrzeuge		110	152	162	160	172	153	169	164	163
Elektrotechnische Erzeugnisse		121	287	300	267	291	383	336	370	376
Feinmechanische und optische Erzeugnisse		130	136	142	129	186	146	143	154	184
Eisen-, Blech- und Metallwaren		141	208	(189)	(200)	(232)	205	186	193	197
Druckereierzeugnisse		115	252	277	280	317	266	282	317	315
Textilien		110	115	119	114	129	133	129	138	140
Bekleidung		101	106	128	122	125	112	109	108	111
Süßwaren		109	83	87	76	76	102	82	85	83
Milch und Milcherzeugnisse		109	119	147	153	168	116	131	154	170
Fleisch und Fleischerzeugnisse		134	188	194	216	213	195	194	181	186
außerdem Produktionsindex für die Bauindustrie		107	126	85	140	174	121	102	154	...
Handwerk (Meßziffern)⁹⁾										
*Beschäftigte (Ende des Vierteljahres)	30.9.1962=100	.	96	96	.	.	.	94	.	.
*Umsatz (einschließlich Umsatzsteuer)	Vj. -D 1962=100	.	151	111	.	.	.	130	.	.
darunter *Handwerkumsatz	Vj. -D 1962=100	.	155	112	.	.	.	130	.	.
Öffentliche Energieversorgung										
*Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	141	219	226	222	190	310	363	224	247
Stromverbrauch (einschließlich Verluste)	Mill. kWh	279	449	464	445	402	488	537	469	431
*Gaserzeugung (brutto)	Mill. cbm	20	16	22	18	13	22	25	19	13
Bauwirtschaft und Wohnungswesen										
Bauhauptgewerbe¹⁰⁾										
*Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber)	Anzahl	67 971	62 480	60 811	62 706	63 135	60 498	61 432	61 849	...
*Geleistete Arbeitsstunden	1 000	9 534	8 238	5 373	9 737	9 874	7 325	7 046	9 234	...
darunter für										
*Wohnungsbauten	1 000	3 960	3 414	2 319	4 018	4 032	3 181	2 962	3 921	...
*öffentliche und Verkehrsbauten	1 000	3 978	3 616	2 102	4 275	4 437	2 735	2 690	3 653	...
*Löhne (brutto)	Mill. DM	50,0	66,1	38,6	70,2	79,9	58,7	56,1	77,4	...
*Gehälter (brutto)	Mill. DM	4,1	7,0	6,2	6,3	6,9	6,9	7,2	7,3	...
*Umsatz (ab 1970 ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	147,6	176,7	94,4	110,1	126,9	134,0	162,3	165,0	...

*) wird von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

5) Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten; ohne Bauindustrie und ohne öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke

6) einschließlich gewerblicher Lehrlinge

7) eine t Steinkohleeinheit (SKE) = 1 t Steinkohle oder -briketts = 1,03 t Steinkohlenkoks = 1,45 t Braunkohlenbriketts

8) ohne Umsatz in Handelsware und ohne Erlöse aus Nebengeschäften

9) ohne handwerkliche Nebenbetriebe

10) nach der Totalerhebung hochgerechnet

d) ohne Erdgas und Erdölgas

noch: Monats- und Vierteljahreszahlen

		1965	1970	1970			1971			
		Monats- durchschnitt		März	April	Mai	Febr.	März	April	Mai
noch: Bauwirtschaft und Wohnungswesen										
Baugenehmigungen										
*Wohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	1 100	884	863	1 152	1 014	698	1 054	990	948
darunter *Ein- und Zweifamilienhäuser	Anzahl	...	787	734	1 078	887	621	909	883	853
*umbauter Raum	1 000 cbm	934	911	945	1 034	1 025	898	1 290	957	1 185
*veranschlagte reine Baukosten	1 000 DM	95 521	115 158	116 230	122 721	126 807	123 120	175 145	133 324	187 370
*Wohnfläche	1 000 qm	171	174	175	192	192	179	241	180	212
*Nichtwohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)										
*umbauter Raum	1 000 cbm	169	181	194	209	206	114	168	148	152
*veranschlagte reine Baukosten	1 000 DM	461	794	980	816	1 020	350	833	568	670
*Nutzfläche	1 000 qm	33 344	75 158	75 685	63 464	137 221	36 494	112 011	56 627	56 557
		89	142	169	151	183	64	143	107	120
*Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	2 535	2 357	2 251	2 339	2 462	2 442	3 460	2 303	2 932
Baufertigstellungen										
Wohnungen ¹¹⁾	Anzahl	2 447	1 837	632	701	646	749	866	810	971
Wohnräume	Anzahl	10 214	7 782	2 463	2 852	2 758	3 116	3 749	3 760	4 087
Handel und Gastgewerbe										
Ausfuhr										
*Ausfuhr insgesamt	Mill. DM	113,3	180,5	234,0	184,3	152,9	172,9	275,7	179,8	...
davon Güter der										
*Ernährungswirtschaft	Mill. DM	12,2	23,8	27,7	33,1	19,1	25,5	37,1	29,5	...
*gewerblichen Wirtschaft	Mill. DM	101,1	156,7	206,3	151,1	133,8	147,4	238,5	150,3	...
davon *Rohstoffe	Mill. DM	2,9	3,9	3,9	3,8	3,3	3,8	4,3	3,6	...
*Halbwaren	Mill. DM	9,3	12,8	12,3	9,8	15,1	12,4	16,0	9,6	...
*Fertigwaren	Mill. DM	88,9	140,1	190,2	137,6	115,4	131,1	218,2	137,0	...
davon *Vorerzeugnisse	Mill. DM	5,9	14,3	13,2	15,8	13,6	15,1	16,2	16,1	...
*Enderzeugnisse	Mill. DM	82,9	125,8	177,0	121,8	101,8	116,0	202,1	120,9	...
nach ausgewählten Verbrauchsländern										
*EWG-Länder	Mill. DM	25,8	54,2	58,1	60,0	49,1	54,1	71,5	67,0	...
darunter Italien	Mill. DM	6,6	14,8	16,4	15,5	15,6	11,2	17,8	13,1	...
Niederlande	Mill. DM	9,0	18,9	20,0	24,0	15,8	21,0	23,6	22,5	...
*EFTA-Länder	Mill. DM	43,9	55,3	101,7	51,1	39,7	47,9	63,8	49,6	...
darunter Dänemark	Mill. DM	9,6	11,2	8,8	10,3	7,9	14,2	24,8	14,6	...
Großbritannien	Mill. DM	5,2	12,7	65,2	9,4	8,1	9,0	7,6	7,6	...
Norwegen	Mill. DM	12,7	8,5	3,6	6,0	4,3	3,2	4,4	2,9	...
Schweden	Mill. DM	6,8	8,8	10,0	10,1	8,4	6,3	9,8	10,1	...
Handel mit Berlin (West)										
*Bezüge Schleswig-Holsteins	1 000 DM	19 951	32 072	39 605	33 072	31 283	30 876	36 576	31 175	...
*Lieferungen Schleswig-Holsteins	1 000 DM	36 510	36 673	36 157	37 886	32 723	34 660	37 801	31 373	...
*Index der Einzelhandelsumsätze (einschließlich Mehrwertsteuer) 1962=100										
...										
*Index der Gastgewerbeumsätze (einschließlich Mehrwertsteuer) 1962=100										
...										
Fremdenverkehr in 136 Berichtsgemeinden										
*Fremdenmeldungen	1 000	160	189	102	105	200	69	91	p 137	...
darunter *von Auslandsgästen	1 000	19	20	13	14	20	7	10	p 20	...
*Fremdenübernachtungen	1 000	1 073	1 514	374	380	957	233	336	p 528	...
darunter *von Auslandsgästen	1 000	38	41	24	25	35	14	19	p 33	...
Verkehr										
Seeschifffahrt										
Güterempfang	1 000 t	867	1 329	1 269	1 346	1 268	1 097
Güterversand	1 000 t	415	547	558	583	557	448
Binnenschifffahrt										
*Güterempfang	1 000 t	217	259	207	268	258	238	261	267	252
*Güterversand	1 000 t	354	373	275	428	442	348	379	410	385
*Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge										
darunter	Anzahl	5 806	7 817	9 462	10 677	9 275	7 617	11 254	10 056	...
Krafträder (einschließlich Motorroller)	Anzahl	13	24	23	39	42	39	41	80	...
*Personenkraftwagen ¹²⁾	Anzahl	4 982	6 925	8 503	9 496	8 279	6 837	10 135	9 051	...
*Lastkraftwagen	Anzahl	393	502	533	684	660	447	628	562	...
Straßenverkehrsunfälle										
*Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	1 044	1 404	1 076	1 156	1 470	1 040	1 151	p 1 199	p 1 583
*Getötete Personen	Anzahl	56	74	51	54	79	57	53	p 65	p 80
*Verletzte Personen	Anzahl	1 403	1 933	1 507	1 596	2 068	1 424	1 543	p 1 608	p 2 190

*) wird von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

11) Zimmer mit 6 und mehr qm Fläche und alle Küchen

12) einschließlich Kombinationskraftwagen

noch: Monats- und Vierteljahreszahlen

		1965	1970	1970			1971			
		Monats- durchschnitt		März	April	Mai	Febr.	März	April	Mai
Geld und Kredit										
Kredite und Einlagen¹³⁾										
*Kredite an Nichtbanken (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)	Mill. DM	8 273	16 502	15 234	15 305	15 435	16 684	16 899	17 058	17 253
*kurzfristige Kredite (ab Dezember 1968: bis zu 1 Jahr) darunter	Mill. DM	2 076	3 469	3 215	3 209	3 243	3 522	3 648	3 688	3 856
*an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	2 047	3 428	3 184	3 184	3 216	3 485	3 618	3 663	3 832
*mittelfristige Kredite ¹⁴⁾ (ab Dezember 1968: 1 bis 4 Jahre) darunter	Mill. DM	661	1 343	1 099	1 117	1 130	1 327	1 344	1 371	1 358
*an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	607	1 277	1 054	1 074	1 084	1 260	1 272	1 298	1 285
*langfristige Kredite ¹⁴⁾ darunter	Mill. DM	5 536	11 690	10 920	10 979	11 062	11 835	11 907	11 999	12 039
*an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	4 689	10 152	9 515	9 556	9 630	10 271	10 331	10 389	10 427
*darunter durchlaufende Kredite	Mill. DM
*Einlagen und aufgenommene Kredite von Nichtbanken (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)	Mill. DM	5 053	11 288	10 188	10 201	10 365	11 511	11 460	11 647	11 806
*Sicht- und Termingelder darunter	Mill. DM	1 875	5 478	4 789	4 802	4 967	5 602	5 518	5 681	5 831
*von Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	1 573	3 870	3 306	3 336	3 426	3 958	3 927	3 993	4 110
*Spareinlagen darunter	Mill. DM	3 178	5 810	5 399	5 398	5 399	5 909	5 942	5 966	5 975
*bei Sparkassen	Mill. DM	2 123	3 686	3 454	3 449	3 449	3 735	3 749	3 758	3 760
*Gutschriften auf Sparkonten (ohne Zinsen)	Mill. DM	153	294	261	268	212	303	300
*Lastschriften auf Sparkonten	Mill. DM	125	274	259	269	212	240	267
*Zinsgutschriften	Mill. DM	9	24	0,1	0,1	0,2	0,1	0,1
Zahlungsschwierigkeiten										
*Konkurse	Anzahl	8	12	12	11	11	17	14	12	15
*Vergleichsverfahren	Anzahl	1	1	1	-	-	1	2	-	2
*Wechselproteste (ohne die bei der Post)	Anzahl	778	449	369	448	595	297	367
*Wechselsumme	Mill. DM	0,935	1,136	0,626	1,073	1,622	0,684	1,020
Steuern										
*Gemeinschaftliche Steuern	1 000 DM	150 208	224 810	267 487	155 572	155 539	196 872	292 377	210 641	163 747
*Steuern vom Einkommen	1 000 DM	97 072	152 308	210 318	87 344	92 426	109 234	235 435	105 284	91 390
*Lohnsteuer	1 000 DM	43 631	97 946	65 868	75 054	84 282	101 298	86 115	93 309	92 119
*veranlagte Einkommensteuer	1 000 DM	41 819	40 050	113 969	11 568	6 647	6 240	118 536	10 265	- 294
*nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	1 000 DM	1 011	1 613	574	283	992	1 566	1 617	180	1 472
*Körperschaftsteuer	1 000 DM	10 612	12 699	29 908	439	505	130	29 166	1 530	- 1 907
*Steuern vom Umsatz	1 000 DM	53 136	72 265	57 169	41 629	63 113	87 638	56 943	70 164	72 357
*Umsatzsteuer	1 000 DM	48 411	52 564	33 326	34 925	43 959	69 143	38 793	48 154	53 318
*Einfuhrumsatzsteuer	1 000 DM	4 725	19 701	23 843	6 704	19 154	18 495	18 150	22 010	19 038
*Bundessteuern	1 000 DM	67 734	84 313	81 002	95 674	96 778	68 324	120 495	100 424	96 469
*Zölle	1 000 DM	7 074	8 419	7 396	8 159	8 954	7 501	14 538	9 079	7 790
*Verbrauchssteuern	1 000 DM	55 308	70 830	65 825	83 673	83 542	55 519	97 967	86 657	84 298
*Mineralölsteuer	1 000 DM	8 189	2 638	3 137	1 844	2 607	2 478	2 152	2 146	2 766
*Landessteuern	1 000 DM	17 226	24 387	20 584	23 503	29 639	32 242	25 537	23 409	32 235
*Vermögensteuer	1 000 DM	2 921	5 607	1 716	1 483	12 426	13 036	2 694	1 410	13 187
*Kraftfahrzeugsteuer	1 000 DM	8 835	13 205	13 601	15 532	11 509	13 115	16 509	15 620	13 770
*Biersteuer	1 000 DM	721	988	491	1 008	911	460	953	884	780
*Gemeindesteuern	1 000 DM	105 110 ^{d)}	125 325 ^{d)}	113 478 ^{e)}	.	.	.	129 211 ^{e)}	.	.
*Gewerbsteuer nach Ertrag und Kapital	1 000 DM	68 004 ^{d)}	74 721 ^{d)}	65 077 ^{e)}	.	.	.	78 627 ^{e)}	.	.
*Grundsteuer A	1 000 DM	7 240 ^{d)}	7 232 ^{d)}	7 711 ^{e)}	.	.	.	5 938 ^{e)}	.	.
*Grundsteuer B	1 000 DM	16 037 ^{d)}	21 027 ^{d)}	20 234 ^{e)}	.	.	.	21 208 ^{e)}	.	.
*Einnahmen des Bundes	1 000 DM	154 810	202 059	213 591	175 722	180 805	176 760	263 747	212 527	186 386

*) wird von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

+) = Vierteljahresdurchschnitt

13) ohne Landeszentralbank, Postsparkassen, Postscheckämter sowie ländliche Kreditgenossenschaften, deren Bilanzsumme am 31.12.1967 unter 5 Mill. DM lag; einschließlich aller im Bereich der Landeszentralbank gelegenen Niederlassungen auswärtiger Kreditinstitute. Infolge Umgestaltung mit Angaben bis 1968 nicht voll vergleichbar

14) einschließlich durchlaufender Kredite

e) 1.1. - 31.3.

Schluß: Monats- und Vierteljahreszahlen

		1965	1970	1970			1971			
		Monats- durchschnitt		März	April	Mai	Febr.	März	April	Mai
noch: Steuern										
*Einnahmen des Landes	1 000 DM	76 440	140 434	146 628	106 184	107 576	204 970	186 518	134 536	160 553
*Anteil an den Steuern vom Einkommen	1 000 DM	59 214	69 857	92 571	37 608	39 848	75 794	108 690	45 392	69 197
*Anteil an den Steuern vom Umsatz	1 000 DM	-	41 334	33 473	31 774	38 089	68 228	46 992	48 138	59 122
*Anteil an der Gewerbesteuerumlage	1 000 DM	-	4 855	-	13 299	-	-	-	17 597	-
*Einnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände	1 000 DM	105 110 ⁺	147 429 ⁺	113 478 ^e	-	-	-	156 655 ^e	-	-
*Gemeindeeinkommensteuer	1 000 DM	-	59 525 ⁺	-	-	-	-	63 174 ^e	-	-
Preise										
Preisindexziffern im Bundesgebiet										
Einkaufspreise für Auslandsgüter	1962=100	106,3	107,2	109,0	108,7	107,8	108,2	109,7	110,4	108,9
Verkaufspreise für Ausfuhr Güter	1962=100	104,8	116,6	115,6	116,0	116,1	120,9	121,5	122,0	121,7
Grundstoffpreise 15)	1962=100	105,9	104,3	105,4	105,1	104,3	104,1	105,1	105,8	...
Erzeugerpreise										
industrieller Produkte 15)	1962=100	104,0	107,5	106,6	106,8	106,8	111,5	112,0	112,4	106,8
landwirtschaftlicher Produkte 15)	1961/63=100	114,1 ^f	106,2 ^g	107,6	105,3	103,7	p 96,0	p 97,5	p 98,4	...
Preisindex für Wohngebäude										
Bauleistungen am Gebäude	1962=100	114,6	147,4	.	.	147,4	155,8	.	.	163,6
Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel (Ausgabenindex) 15)	1962/63=100	107,7 ^f	105,8 ^g	107,7	108,0	108,8	111,8	112,6	112,7	...
Einzelhandelspreise	1962=100	104,6	112,5	111,9	112,1	112,3	116,2	117,0	117,5	117,8
Preisindex für die Lebenshaltung 16)	1962=100	109,0	123,7	123,0	123,3	123,5	127,7	128,7	129,3	129,9
darunter										
Nahrungs- und Genußmittel		109,0	117,4	117,4	117,8	118,0	120,2	121,1	122,0	122,7
Kleidung, Schuhe		107,1	118,0	116,8	117,1	117,3	122,5	123,4	123,9	124,4
Wohnungsmieten		118,5	168,5	166,6	167,2	167,5	174,4	175,7	176,9	177,4
Elektrizität, Gas, Brennstoffe		106,1	124,4	123,3	122,1	121,7	130,3	130,6	129,4	128,8
übrige Waren und Dienstleistungen für die Haushaltsführung		106,2	114,1	112,7	113,0	113,2	118,1	118,8	119,2	119,8
Löhne und Gehälter 17)										
Arbeiter in Industrie und Hoch- und Tiefbau										
Bruttowochenverdienste										
*männliche Arbeiter	DM	211	297	.	283
darunter Facharbeiter	DM	224	318	.	300
*weibliche Arbeiter	DM	125	178	.	172
Bruttostundenverdienste										
*männliche Arbeiter	DM	4,58	6,55	.	6,26
darunter Facharbeiter	DM	4,88	6,98	.	6,64
*weibliche Arbeiter	DM	3,00	4,32	.	4,20
Bezahlte Wochenarbeitszeit										
*männliche Arbeiter	Std.	45,9	45,3	.	45,1
*weibliche Arbeiter	Std.	41,5	41,2	.	41,0
Geleistete Wochenarbeitszeit										
*männliche Arbeiter	Std.	42,3	41,3	.	42,6
*weibliche Arbeiter	Std.	37,4	36,8	.	38,5
Angestellte, Bruttomonatsverdienste										
in Industrie und Hoch- und Tiefbau										
Kaufmännische Angestellte										
*männlich	DM	1 020	1 453	.	1 417
*weiblich	DM	666	946	.	917
Technische Angestellte										
*männlich	DM	1 148	1 579	.	1 524
*weiblich	DM	687	966	.	930
in Handel, Kredit und Versicherungen										
Kaufmännische Angestellte										
*männlich	DM	897	1 270	.	1 253
*weiblich	DM	557	795	.	780
Technische Angestellte										
männlich	DM	1 019	1 437	.	1 409
weiblich	DM	.	(911)
in Industrie und Handel zusammen										
Kaufmännische Angestellte										
*männlich	DM	934	1 329	.	1 305
*weiblich	DM	588	839	.	820
Technische Angestellte										
*männlich	DM	1 138	1 572	.	1 518
*weiblich	DM	687	965	.	929

*) wird von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

+) = Vierteljahresdurchschnitt

15) ab 1968 ohne Umsatz(Mehrwert)steuer 16) 4-Personen-Arbeitnehmer-Haushalte mit mittlerem Einkommen des alleinverdienenden Haushaltsvorstandes; Lebenshaltungsausgaben von rund 750 DM monatlich nach den Verbrauchsverhältnissen von 1962

17) Effektivverdienste

e) 1. 1. - 31. 3.

f) Wirtschaftsjahr 1965/66 (Juli - Juni)

g) Wirtschaftsjahr 1969/70 (Juli - Juni)

Jahreszahlen A

erscheint im monatlichen Wechsel mit B

Jahr	Bevölkerung ¹⁾						Im Erwerbsleben tätige Personen ²⁾				
	Einwohner (Jahresmittel) in 1 000	Heirats- ziffer	Geburten- ziffer	Sterbe- ziffer	Überschuß der Geborenen	Wande- rungs- gewinn	ins- gesamt	Land- und Forst- wirtschaft	produzie- rendes Gewerbe	Handel und Verkehr	Dienst- leistungen
1966	2 457	8,4	18,7	12,1	16	18	1 003	116	389	218	280
1967	2 487	8,1	18,2	11,9	16	11	971	119	358	213	280
1968	2 515	7,9	17,4	12,8	12	17	979	118	375	208	278
1969	2 545	7,5	15,9	12,8	8	21	992	117	373	214	288
1970	2 567	7,2	13,7	12,8	2	24	1 003	115	386	215	286

Jahr	Öffentliche allgemeinbildende Schulen							Volkseinkommen				
	Schüler am 15. 10.			Schulabgänger in %				Bruttoinlandsprodukt				Netto- inlands- produkt in Mill. DM
	Volks- und Sonder- schulen	Real- schulen und Aufbau- zugs- klassen	Gym- nasien	mit weniger als Volks- schul- abschluß	mit Volks- schul- abschluß	mit mittlerem Abschluß	mit Abitur	in jeweiligen Preisen			in Preisen von 1962 in Mill. DM	
								Mill. DM	jährliche Zuwachs- rate in %	DM je Ein- wohner		
1966	231 ^a	41 ^a	37 ^a	26	45	23	7
1967	221	44	43	22	46	23	9
1968	228	46	46	22	45	24	9	p 18 997	.	p 7 554	p 16 290	.
1969	236	49	49	21	45	24	10	p 20 921 ^b	p 10,1 ^b	p 8 221 ^b	p 17 253 ^b	.
1970	p 249	p 51	p 50	p 22	p 45	p 24	p 10	23 228 ^b	11,0 ^b	9 049 ^b	17 800 ^b	.

Jahr	Landwirtschaft										
	Viehbestand am 3. 12.				Schlachtviehaufkommen aus eigener Erzeugung ⁴⁾		Kuhmilcherzeugung		Ernten in 1 000 t		
	Rinder		Schweine	Hühner ³⁾	Rinder	Schweine	1 000 t	kg je Kuh und Jahr	Getreide	Kartoffeln	Zucker- rüben
	ins- gesamt	darunter Milchkühe									
1966	1 393	511	1 689	5 261	417	2 395	2 112	4 183	1 264	459	521
1967	1 395	513	1 752	5 035	418	2 506	2 139	4 188	1 407	515	533
1968	1 410	519	1 668	4 825	417	2 641	2 183	4 256	1 608	396	535
1969	1 430	518	1 680	4 966	418	2 679	2 210	4 262	1 511	260	487
1970	1 407	496	1 774	4 920	476	2 744	2 139	4 232	1 350	414	565

Jahr	Industrie ⁵⁾										Bau- haupt- gewerbe	
	Beschäftigte (Jahresmittel)		Arbeiter- stunden in Millionen	Löhne	Gehälter	Umsatz ⁶⁾		Energieverbrauch				Produktions- index ⁸⁾ 1962=100
	ins- gesamt	Arbeiter				Bruttosumme in Mill. DM	ins- gesamt	Auslands- umsatz	Kohle 1 000 t SKE ⁷⁾	Heizöl		
	in 1 000		in Mill. DM	in 1 000 t	ins- gesamt					schwer		
1966	178	139	273	1 266	504	9 485	1 331	576	937	787	123	68
1967	171	132	253	1 230	524	9 850	1 289	507	952	791	127	62
1968	175	134	264	1 344	583	10 418	1 549	482	968	780	140	63
1969	184	141	278	1 550	674	11 797	1 883	490	1 058	842	157	63
1970	191	145	289	1 887	799	12 840	1 725	400	1 130	906	162	64

1) 1970: vorläufiges Ergebnis; berechnet nach dem Bevölkerungsstand vom 26. 5. 1970

2) Ergebnisse der 1%-Mikrozensusserhebungen

3) ohne Trut-, Perl- und Zwerghühner

4) gewerbliche und Hausschlachtungen, einschließlich des übergebiethlichen Versandtes, ohne übergebiethlichen Empfang

5) Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten (monatliche Industrieberichterstattung); ohne Bauindustrie und ohne öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke

6) ohne Umsatz in Handelsware, ohne Erlöse aus Nebengeschäften und seit 1968 ohne Umsatzsteuer

7) eine t Steinkohleeinheit (SKE) = 1 t Steinkohle oder -briketts = 1,03 t Steinkohlenkoks = 1,45 t Braunkohlenbriketts

8) arbeitstätig 9) einschließlich unbezahlter mithelfender Familienangehöriger a) am 2. 5. b) erste vorläufige Ergebnisse

Kreiszahlen

KREISFREIE STADT Kreis	Bevölkerung am 26. April 1970 ¹⁾		Industrie ²⁾			
	insgesamt	Veränderung gegenüber Vormonat in %	Betriebe am 30.4.1971	Beschäftigte am 30. April 1971		Umsatz ³⁾ im April 1971 in Mill. DM
				Anzahl	je 1 000 Einwohner	
FLensburg	96 754	- 0,0	73	8 500	88	68
KIEL	276 038	- 0,0	144	32 313	117	116
LÜBECK	242 636	- 0,0	145	32 464	133	174
NEUMÜNSTER	84 656	+ 0,1	67	10 961	129	38
Dithmarschen	135 448	- 0,1	58	5 834	43	86
Flensburg-Land	74 871	+ 0,1	32	937	12	9
Hzgt. Lauenburg	144 588	+ 0,0	95	9 227	63	50
Nordfriesland	164 657	+ 0,4	47	2 686	16	36
Ostholstein	187 798	+ 0,4	73	5 586	29	36
Pinneberg	248 355	+ 0,3	222	24 789	99	150
Plön	108 774	- 0,0	52	2 846	26	16
Rendsburg-Eckernförde	228 488	+ 0,1	124	11 970	52	58
Schleswig	101 469	+ 0,1	36	3 395	33	40
Segeberg	169 837	+ 0,4	170	13 516	78	91
Steinburg	135 931	- 0,1	91	11 005	80	82
Stormarn	163 727	+ 0,1	115	14 808	89	145
Schleswig-Holstein	2 564 027	+ 0,1	1 544	190 837	74	1 197

KREISFREIE STADT Kreis	Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden im Mai 1971 (vorläufige Zahlen)			Kraftfahrzeugbestand am 1. Januar 1971		
	Unfälle	Getötete ⁴⁾	Verletzte	insgesamt	Pkw ⁵⁾	
					Anzahl	je 1 000 Einwohner
FLensburg	49	-	62	23 409	21 146	...
KIEL	159	5	197	68 020	61 394	...
LÜBECK	154	8	193	56 945	50 603	...
NEUMÜNSTER	51	-	68	21 833	19 327	...
Dithmarschen	74	6	98	40 739	30 926	...
Flensburg-Land	38	1	51	25 618	19 351	...
Hzgt. Lauenburg	97	7	140	41 044	33 588	...
Nordfriesland	88	5	119	49 923	38 551	...
Ostholstein	130	8	211	50 983	41 055	...
Pinneberg	139	4	177	67 675	58 397	...
Plön	81	1	112	34 447	27 324	...
Rendsburg-Eckernförde	140	10	210	66 249	52 177	...
Schleswig	57	5	93	30 870	23 625	...
Segeberg	113	3	167	56 779	46 243	...
Steinburg	78	9	109	38 496	30 362	...
Stormarn	135	8	183	47 834	40 745	...
Schleswig-Holstein	1 583	80	2 190	720 864	594 814	...

- 1) Neuere Kreiszahlen können z. Z. nicht veröffentlicht werden, da die Ergebnisse der Volkszählung 1970 noch nicht vorliegen
2) Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten; ohne Bauindustrie und ohne öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke
3) ohne Umsatz in Handelsware, ohne Erlöse aus Nebengeschäften und ohne Umsatzsteuer
4) einschließlich der innerhalb von 30 Tagen an den Unfallfolgen verstorbenen Personen
5) einschließlich Kombinationskraftwagen

Anmerkung: Eine ausführliche Tabelle mit 102 Kreiszahlen, die von allen Statistischen Landesämtern gebracht werden, erscheint in Heft 5 u. 11

Zahlen für die Bundesländer

Land	Bevölkerung am 26. Mai 1970			Offene Stellen am 30. 4. 1971 in 1 000	Beschäftigte ausländische Arbeitnehmer am 31. 3. 1971 in 1 000	Kuhmilcherzeugung im April 1971			*Viehbestände		
	in 1 000	Veränderung gegenüber				1 000 t	darunter an Melereien und Händler geliefert in %	kg je Kuh und Tag	Schweine insgesamt am 3. 3. 1971	Rindvieh am 3. 12. 1970	
		VZ 1961	30. 6. 1969							insgesamt	Milchkühe (einschl. Zugkühe)
		in %									
Schleswig-Holstein	2 567	+ 11	+ 0,2	26	28	225	92,3	15,2	1 704	1 407	496
Hamburg	1 812	- 1	- 0,1	27	59	2	93,2	15,2	19	18	5
Niedersachsen	7 125	+ 7	+ 0,2	71	123	463	90,8	15,3	5 872	2 778	1 025
Bremen	757	+ 7	+ 0,3	11	15	2	80,8	15,4	11	18	5
Nordrhein-Westfalen	17 207	+ 8	+ 0,2	203	584	302	93,1	13,8	4 286	1 901	735
Hessen	5 461	+ 13	+ 0,4	67	238	133	79,0	12,6	1 465	924	354
Rheinland-Pfalz	3 684	+ 8	+ 0,2	31	66	88	80,0	11,0	825	726	268
Baden-Württemberg	8 996	+ 16	+ 0,4	119	514	207	75,7	9,3	2 156	1 855	747
Bayern	10 644	+ 12	+ 0,4	119	325	565	80,0	9,8	4 489	4 323	1 929
Saarland	1 127	+ 5	-	7	24	10	80,7	11,5	75	74	29
Berlin (West)	2 130	- 3	- 0,0	24	69	0	27,1	14,6	.	2	1
Bundesgebiet	61 508	+ 9	+ 0,3	705	2 043	1 998	85,4	12,0	20 901	14 026	5 593

Land	Industrie ¹⁾					Bauhauptgewerbe		Wohnungswesen im Februar 1971			
	Beschäftigte am 31. Januar 1971		Umsatz ²⁾ im Januar 1971		Produk- tions- index 3) 1962=100 im Januar 1971	Beschäftigte am 31. Januar 1971		zum Bau genehmigte Wohnungen		fertiggestellte Wohnungen	
	in 1 000	je 1 000 Ein- wohner	Mill. DM	Aus- lands- umsatz in %		in 1 000	je 1 000 Ein- wohner	Anzahl	je 10 000 Ein- wohner	Anzahl	je 10 000 Ein- wohner
	Schleswig-Holstein	191	74	984	13	165	61	24	2 442	9,5	749
Hamburg	208	115	1 588	13	118	45	25	1 754	9,7	556	3,1
Niedersachsen	797	112	3 858	21	138	172	24	4 513	6,3	2 109	3,0
Bremen	102	135	769	26	.	22	29	405	5,4	210	2,8
Nordrhein-Westfalen	2 702	157	14 370	20	142	383	22	11 355	6,6	4 472	2,6
Hessen	755	138	3 284	22	153	134	25	4 057	7,4	1 046	1,9
Rheinland-Pfalz	406	110	2 127	21	197	86	23	2 320	6,3	815	2,2
Baden-Württemberg	1 600	178	6 838	20	161	208	23	7 558	8,4	2 716	3,0
Bayern	1 394	131	6 054	18	158	272	26	9 719	9,1	2 851	2,7
Saarland	171	151	647	30	142	21	19	273	2,4	179	1,6
Berlin (West)	259	122	1 143	9	135	47	22	612	2,9	965	4,5
Bundesgebiet	8 585	140	41 660	19	153	1 451	24	45 008	7,3	16 668	2,7

Land	*Kfz-Bestand ⁴⁾ am 1. Januar 1971			Straßenverkehrsunfälle ⁶⁾ mit Personenschaden im März 1971				Bestand an Spar- einlagen ⁷⁾ am 28. 2. 1971 in DM je Einwohner	Steueraufkommen im 4. Vierteljahr 1970					
	ins- gesamt	Pkw ⁵⁾		Unfälle	Getötete	Verletzte	Verun- glückte je 100 Unfälle		Landes- 8)	Bundes- 8)	Gemeinde- 8)			
		Anzahl	je 1 000 Ein- wohner									steuern in DM je Einwohner		
		in 1 000												
Schleswig-Holstein	721	595	...	1 151	53	1 543	139	2 302	208	268	73			
Hamburg	490	443	...	936	25	1 230	134	4 362	303	1 882	131			
Niedersachsen	2 024	1 653	...	2 818	194	3 964	148	2 849	208	235	76			
Bremen	192	171	...	296	3	339	116	3 257	240	972	101			
Nordrhein-Westfalen	4 429	3 883	...	7 578	292	10 058	137	3 286	254	372	102			
Hessen	1 621	1 371	...	2 427	94	3 453	146	3 586	238	374	110			
Rheinland-Pfalz	1 062	852	...	1 447	77	2 013	144	2 911	205	282	70			
Baden-Württemberg	2 660	2 199	...	3 209	187	4 643	151	3 445	252	385	108			
Bayern	3 225	2 510	...	3 772	235	5 357	148	3 419	227	299	87			
Saarland	278	241	...	430	33	600	147	2 697	204	254	62			
Berlin (West)	475	429	...	1 035	29	1 312	130	2 623	194	624	75			
Bundesgebiet	17 243 ^a	14 376 ^a	...	25 099	1 222	34 512	142	3 243	236	396	94			

*) An dieser Stelle erscheinen abwechselnd Angaben über Viehbestände, Getreide- und Kartoffelernte, Kfz-Bestand und Bruttoinlandsprodukt
 1) Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten; ohne Bauindustrie und ohne öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke
 2) ohne Umsatz in Handelsware, ohne Erlöse aus Nebengeschäften und ohne Umsatzsteuer
 3) von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt
 4) ohne Bundespost und Bundesbahn
 5) einschließlich Kombinationskraftwagen
 6) Schleswig-Holstein endgültige, übrige Länder vorläufige Zahlen
 7) ohne Postspareinlagen
 8) Gemeinschaftsteuern jeweils anteilig enthalten
 a) einschließlich Bundespost und Bundesbahn: 66 261 Kfz und 28 529 Pkw

Inhalt der bisher erschienenen Hefte des laufenden Jahrgangs

Heft/Seite

Gebiet und Bevölkerung

Ausländer 1970	1/15
Geburtenrückgang	4/71
Urlaub in Schleswig-Holstein	3/51

Gesundheitswesen

Unfälle mit Todesfolge	3/53
----------------------------------	------

Unterricht, Bildung und Kultur

Soziale Herkunft der Schüler	5/108
--	-------

Wahlen

Landtagswahl 1971	5/98
-----------------------------	------

Erwerbstätigkeit

Erwerbstätige 1970	1/10
------------------------------	------

Land- und Forstwirtschaft, Fischerei

Betriebsgrößen Landwirtschaft	2/26
Getreide- und Ölfruchternte 1970	2/28
Handelsdünger	3/56

Industrie und Handwerk

Industrie 1970	2/43
Investitionen Handwerk 1967	3/60

Bauwirtschaft, Gebäude und Wohnungen

Wohngeld 1969 und 1970	2/39
Wohnungen nach Gemeindegrößenklassen	2/33

Verkehr

Binnenschifffahrt 1968	4/86
Nord-Ostsee-Kanal	4/82
Sicherheit der Bundesstraßen	5/96

Öffentliche Finanzen

Gemeindefinanzreform 1970	3/64
Gewerbesteuer 1966 (Teil 1)	1/2
Lohnsteuer 1968	4/73
Vermögensmillionäre 1969	4/91
Versorgungsempfänger	2/46

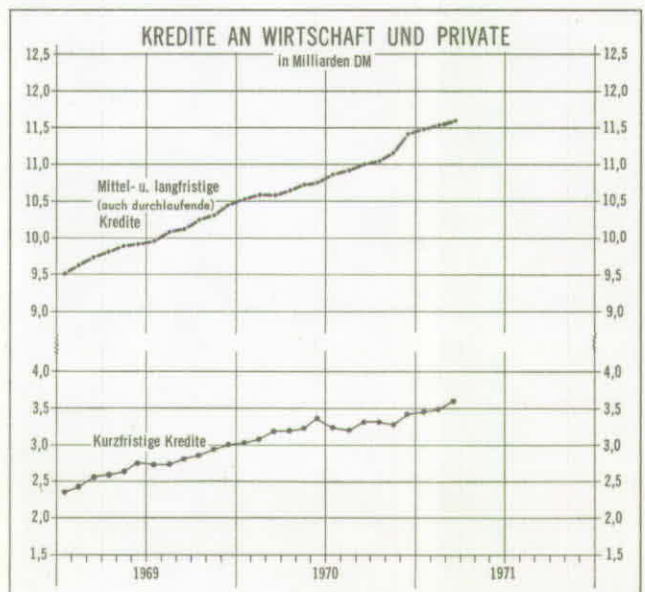
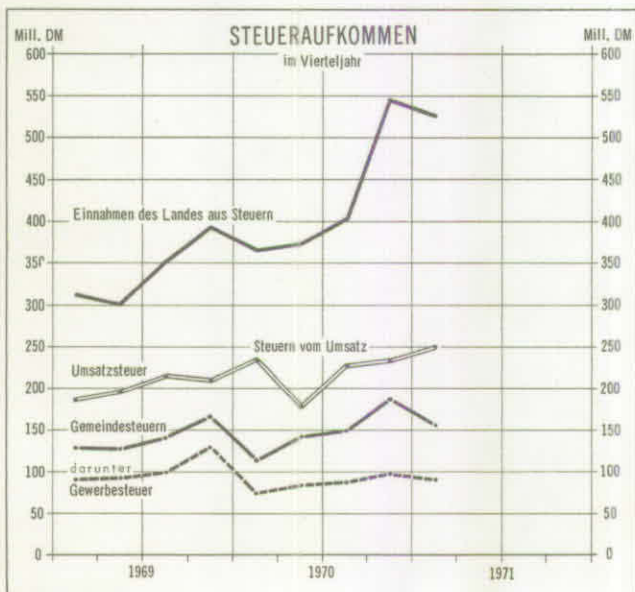
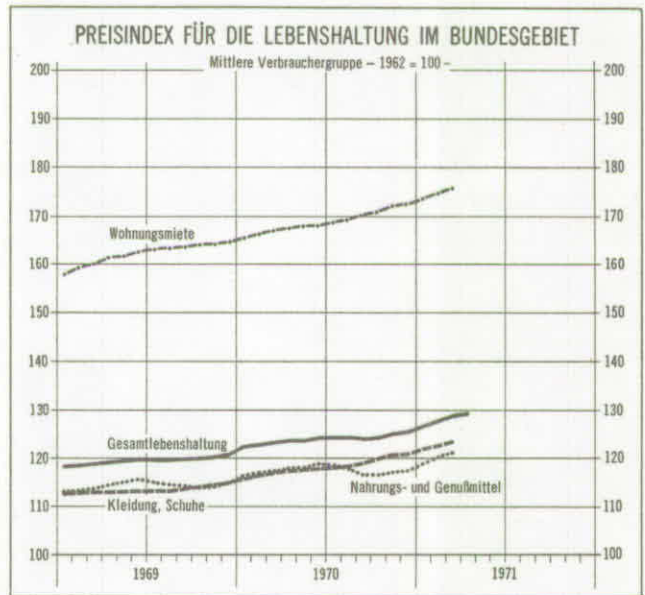
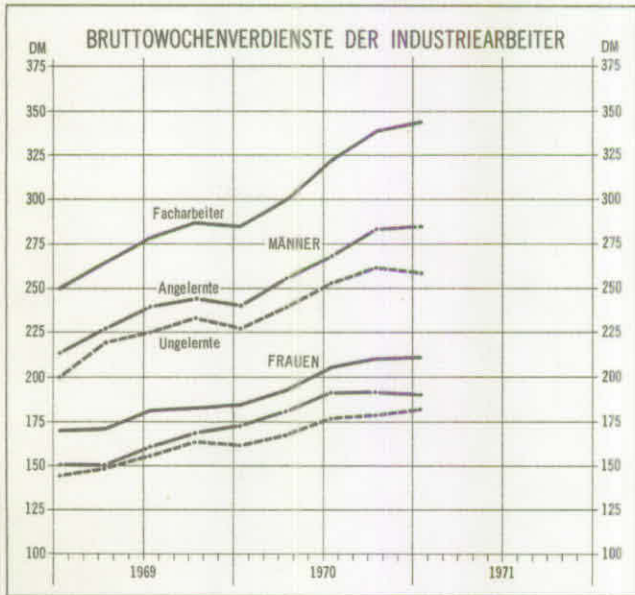
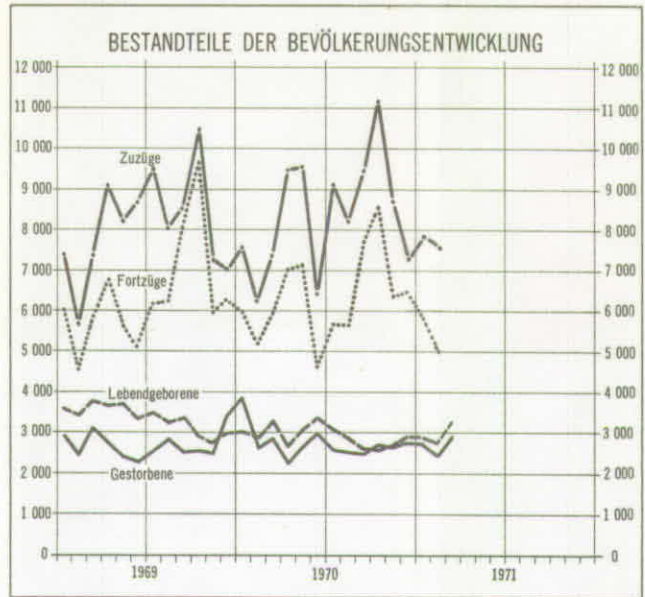
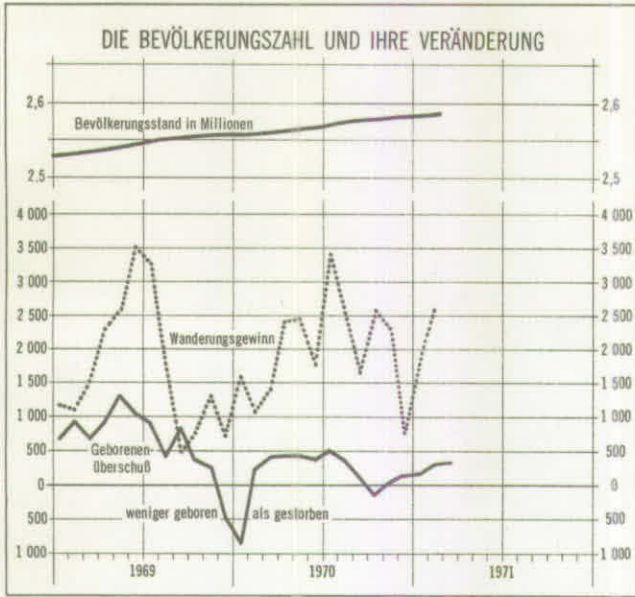
Preise

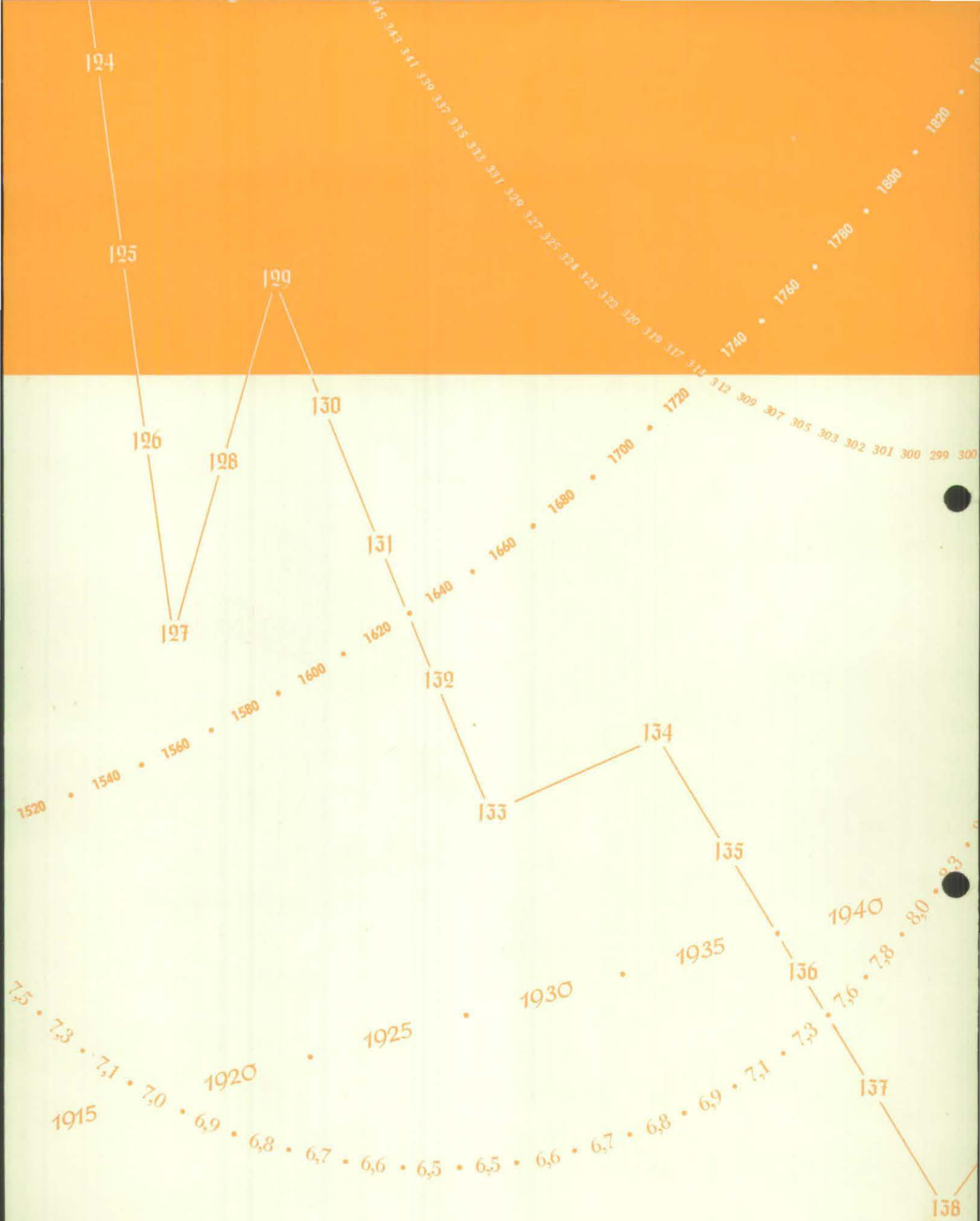
Baulandumsatz 1962—1969	1/17
-----------------------------------	------



SCHLESWIG - HOLSTEINISCHE WIRTSCHAFTSKURVEN · A

Die "Wirtschaftskurven" A und B erscheinen im monatlichen Wechsel mit unterschiedlichem Inhalt. Teil B enthält folgende Darstellungen aus der Industrie: Produktionsindex und Beschäftigte im Maschinenbau, Schiffbau, Bauhauptgewerbe und Nahrungs- und Genußmittelindustrie.





Herausgeber: Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein, 23 Kiel 1, Postfach; Mühlenweg 166; Fernruf (04 31) 4 07 11

Schriftleitung: Arnold Heinemann unter ständiger Mitarbeit von Lieselotte Korscheya

Druck: Schmidt & Klaunig, Kiel, Ringstraße 19/21

Bezugspreis: Einzelheft 2,50 DM, Jahresbezug 25,— DM

— Nachdruck, auch auszugsweise, ist gern gestattet, wenn die Quelle genannt wird —
 Postbezugspreis entfällt, da nur Verlagsstücke; Bezugsgebühr wird vom Verlag eingezogen